

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Anzeigengebühren für den Raum einer Seite 2 Rgr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. † Vom Main. Die spanischen Angelegenheiten. Hannover. Der Verein für entlassene Sträflinge. — Die Hinrichtung in Heidelberg. * Kiel. Graf v. Reventlow-Criminil. Sondershausen. Verschiebung des Landtags.

Preußen. * Berlin. Die polnischen Zustände. = Berlin. Die Vorgänge in Posen. * Königsberg. Minister Rühler. Gustav-Adolf-Stiftung. Die Sammlung für Jahn. Seltsame Diebsgeschichte.

Oesterreich. * Wien. Tod der Erzherzogin Marie. Fürst Milosch. ** Wien. Mordthat. Contrebandefall. Die königl. Resolution in der Sprachensache.

Spanien. * Paris. Abfertigung. Schalte. Protestation von Sevilla. Adresse an die Königin Christine.

Großbritannien. Die Katholikenversammlungen. Erdbeben. ** Paris. Der Proceß D'Connell.

Frankreich. Ankunft Reschid-Pascha's. Ein Unfall. ** Paris. Guizot's Rede. † Paris. Hr. Madier de Montjau.

Belgien. * Brüssel. Finanzmassregeln. Die Naturalisation.

Schweiz. Die Ursulinerinnen in Luzern.

Italien. * Rom. Der Kronprinz von Württemberg. † Rom. Die Profelytenmacherei. Carneval. Witterung.

Griechenland. † Athen. Der Verfassungsentwurf. Die Prälaten. Ernennungen. Tod des Fürsten Karadja. Falsche Gerüchte.

Moldau und Walachei. † Bukarescht. Gerücht über Russlands Absichten.

Brasilien. * Hamburg. Das brasilische Zollwesen.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * Berlin. Sitzung der Akademie der Wissenschaften. * Wien. Halm's neuestes Drama. — Die Jubelfeier der prager Hochschule.

Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Gerücht von einer württembergischen Anleihe. Die badische Anleihe. Die frankfurter Versicherungsgesellschaft. Wagner's elektro-magnetische Maschine. * Leipzig. Generalversammlung der Sächsischen Eisencompagnie. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn. — Berlin.

Neueste Nachrichten. Paris. Adressdebatte.

Ankündigungen.

Deutschland.

† Vom Main, 25. Jan. Neuerdings taucht das Gerücht auf, es werde demnächst ein Congress von Repräsentanten der europäischen Großmächte stattfinden, um die spanischen Angelegenheiten und insbesondere die delicate Frage von der Vermählung der Königin Isabella einer gemeinschaftlichen Berathung und demnach auch einer gemeinschaftlichen Entscheidung zu unterziehen; es bezeichnet jenes Gerücht eine süd-deutsche Stadt als den Ort der diesfälligen Zusammenkunft. Es liegen indessen starke Gründe vor, die Genauigkeit dieser Angabe in Zweifel zu ziehen und die ganze Behauptung lediglich für eine Wiederholung früherer ähnlicher Gerüchte, die sich eben wol als leere Conjecturenmacherei erwiesen haben, zu betrachten. Die spanische Frage galt der Diplomatie, wie der seitherige Gang der Dinge während des Verlaufs der schwierigsten Phasen zur Genüge dargethan, von Anfang an als eine Angelegenheit, die zunächst dem Bereiche der dabei näher interessirten westlichen Großmächte zufalle. Erst in neuester Zeit haben die beiden westlichen Großmächte, Frankreich und England, sich vereinbart in Bezug auf die spanischen Angelegenheiten im Allgemeinen, wie auch insbesondere in Bezug auf die Frage von der Vermählung der Königin Isabella. Es ist diese Angabe nicht etwa eine Conjectur, sondern geschöpft aus officieller Quelle, aus der Rede, welche Hr. Guizot selbst am 20. Jan. in der Deputirtenkammer pro aris et focis gehalten. Diese Thatsache ist festgestellt. Es könnte demnach nicht angenommen werden, daß Frankreich und England eine Frage, nachdem sie schon und kaum erst zu einem Einverständnis über dieselbe gekommen sind, nun noch vor ein anderes Forum würden bringen und einer andern Entscheidung unterziehen wollen. Sie würden dies wol um so weniger thun können, als die Betretung eines solchen Weges nur mannichfache Inconvenienzen für sie selbst herbeiführen, ihre Politik Spanien gegenüber wesentlich beengen und zudem die nationale Empfindlichkeit Spaniens in einem Grade verletzen würde, der die nachtheiligsten Consequenzen besorgen ließe. Es kann vielmehr als wahrscheinlich angenommen werden, und darin stimmen Mittheilungen von verschiedenen verlässigen Seiten überein, daß die spanische Frage ihre definitive Erledigung in der nämlichen Weise, wie es bei der portugiesischen der Fall gewesen, erhalten wird, nämlich durch den Beirath der westlichen Großmächte, vor Allem aber durch den Ausspruch der gesetzlichen Organe der nationalen Gesinnungen.

Hannover, 21. Jan. Der vor zwei Jahren hier gebildete Verein für entlassene Sträflinge im Landdrosteibezirke Hannover hat sei-

nen zweiten Jahresbericht abgestattet. Die Zahl der Mitglieder hat die von dem Comité gehoffte und erwartete Zunahme noch nicht erlebt, sie beläuft sich auf etwa 280. Indessen hat sein Beispiel schon einen ähnlichen Verein in Osnabrück ins Leben gerufen. Was die Wirksamkeit des diesseitigen Vereins betrifft, so spendet derselbe seine Hülfe nur solchen entlassenen Sträflingen, welche dieselbe in Anspruch nehmen; vielen der Letztern hat die Idee vorgeschwebt, daß der Verein eine gehässige polizeimäßige Zwangsanstalt sei, daher ist die Zahl der Meldungen im Ganzen nur sehr gering gewesen; es haben im Durchschnitte von 11 Entlassenen 3 die Hülfe des Vereins verlangt, in Allem aber aus den Jahren 1841—42 und 1842—43 97; davon wurden 16 wieder rückfällig, 24 fielen wegen Auswanderung und sonstiger Entfernung oder Entfremdung wieder aus. (S. 5.)

— Noch am Tage vor der Hinrichtung der Giftmörderin in Heidelberg, die am 22. Jan. stattfand (Nr. 14), war eine Deputation aus Heidelberg nach Karlsruhe gegangen, von Freunden der Abschaffung der Todesstrafe angeregt, um den Großherzog um Begnadigung zu bitten. Der sofort versammelte Staatsrath sprach sich aber einstimmig dagegen aus.

* Kiel, 24. Jan. In einem aus Kopenhagen datirten Schreiben, welches sich in Hamburger Correspondenten findet, wird in Beziehung auf eine Correspondenz der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 6) bemerkt, wie wol nicht allein an Dersted's, sondern auch an des Grafen Joseph v. Reventlow-Criminil Stelle ein anderer königl. Commissar für die bevorstehenden Ständeversammlungen eintreten werde. Es wird ferner gesagt, daß Letzterer, selbst wenn er vom König ernannt werden sollte, Takt genug besitzen werde, zu resigniren. Diese aus einer nicht zweifelhaften Feder geflossenen Bemerkungen verdienen Beachtung, da sie in gewisser Weise vorzufühlen oder vielleicht vorzubereiten bezwecken. Mögen hier einige Randglossen zu ihnen stehen. Es gibt nicht wenige Leute, welche den Grafen v. Reventlow schon längst von seiner Stellung als Präsident der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei entfernt sehen möchten. Deren gibt es fast eben so viele als die dänische Nation Männer zählt. Der Graf hat mit echt deutschem Sinn in seinem hohen Amt als Chef des Justiz- und Cultuscollegiums die Interessen der deutschen Herzogthümer vertreten, und man darf versichert sein, daß, so lange derselbe dieses Amt bekleidet, die wirkliche Einführung der dänischen Filiale nicht geschehen wird. Noch unangenehmer würde den Dänen seine wiederholte Mission zu den bevorstehenden Ständeversammlungen sein. Denn als Commissar während der letzten Diät hat derselbe wenig Geneigtheit bewiesen, in den finanziellen und nationalen Fragen die dänischen Bestrebungen zu unterstützen, und wenn wirklich die Einführung der dänischen Sprache in den schleswigschen Ständesaal bevorsteht, so fehlt diesem Mann eine sehr wesentliche Eigenschaft für den königl. Commissar, die nämlich: der dänischen Sprache zum Verstehen und Sprechen hinlänglich kundig zu sein. Hier ist nun der Punkt, von wo aus nach dem Spruche des gemeinen Lebens „zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden können“. Das Ständecommissariat und die Kanzleipräsidentur stehen ihrem Wesen zufolge und nach dem bisherigen Herkommen in der engsten Verbindung; wer nicht zu erstem paßt, dürfte auch zu letzterem nicht als tauglich befunden werden. Und man bezeichnet auch für einen solchen Fall schon den Nachfolger in diesen beiden hohen Posten. Man wünscht allerdings keinen Dänen, aber einen hohen Beamten von deutscher Geburt, der sich bisher durch die Denunciation des Landinspectors Tiedemann, die Veranlassung eines Injurienprocesses gegen den Abg. Bessler und einige Versuche, die Landesbankzeichnungen zu vereiteln, bekannt gemacht, neuerdings aber einige Anstalten getroffen hat, sich wieder mit der öffentlichen Meinung auszuföhnen. Vielleicht dürften diese Plane sehr richtig angelegt sein, wenn es nicht in Dänemark wenigstens eine Person gäbe, welche genug Gerechtigkeit und Weisheit besitzt, um die Folgen dieser Veränderungen vorauszu sehen, und wenn diese Person nicht zugleich die höchste Macht besäße. Der Graf Joseph v. Reventlow ist insofern eine politische Nothwendigkeit, als jeder Kanzleipräsident von einer weniger liberalen und nationalen Gesinnung auf die größten Schwierigkeiten in dem öffentlichen Geiste des Beamtenstandes und der Ständeversammlungen stoßen würde, und als nur auf die von dem Grafen befolgte Weise die Bestrebungen der Exaltirten in den Herzogthümern vereitelt werden können. Bei den nationalen Wirren, welche die dänische Monarchie bewegen, ist die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt, den Charakter der Unparteilichkeit anzunehmen. Dies ist das System, dessen Anfang die Thronbesteigung des jetzigen König- Herzogs bezeichnet. Was man auf der deutschen Seite als Parteilichkeit bezeichnet, hat weniger in dieser als vielleicht in einer mangelhaften Kenntniß der öffentlichen Meinung seinen Grund. Daß man aber auf dänischer Seite die Ernennung des Grafen Reventlow einer Parteilichkeit oder einer Schwäche der Regierung zuschreibt, daß man eine Entlassung desselben zu bewirken strebt, ist die Folge einer Verlehrtheit und Leidenschaftlichkeit, deren Fortdauer die Cri-

stanz der dänischen Monarchie in Gefahr setzen kann. Die öffentliche Stimmung ist in den Herzogthümern gereizt genug, um nicht in der angeordneten Ministerveränderung ein größeres Unglück als in der Durchführung der bisher versuchten Danisirungspläne zu erkennen. Die Spuren dieses Geistes werden die bevorstehenden Ständeversammlungen an sich tragen. Schon die letzte schleswigsche war einem freiwilligen Auseinandergehen näher als einer Auflösung. Solche unangenehme Vorfälle wird, wenn irgend Jemand, nur ein geachteter und geliebter Commissar verhindern können. Daß aber Vertrauen und Liebe des Volks und der Abgeordneten den Vertreter des Königs zu einer Resignation auf sein Amt bewegen müssen, diese Behauptung sollte man bei der parteiischsten Verblendung nicht für möglich halten. Daß die betreffende Person zu einer solchen Entfagung schwerlich „hinreichenden Takt“ besitzen wird, bedarf wol nicht erst der Versicherung.

Sondershausen, 23. Jan. Durch eine Verordnung, welche das Regierungsblatt mittheilt, wird die Zusammenberufung des Landtags, die auf den 15. Jan. festgesetzt war, auf den 1. März hinausgeschoben.

Preußen.

Berlin, 25. Jan. Auf außerordentlichen Wegen erhalten wir detaillirte Mittheilungen aus zuverlässigen Quellen über die Zustände in dem Königreiche Polen. Die schwerste Hand, die jemals gelastet hat auf heimgefuhrten Völkern, ruht auf dem Lande. Was man uns mit lecker, eherner Stirn als französische Märchen darzustellen suchte, bewahrheitet sich als genau ausgeführtes Detail, bewahrheitet sich bis auf das Einzelne in der grauenvollen Scenerie. Man hat sie gesehen, mit Ketten an den Beinen hat man sie gesehen, die kleinen Knaben, geführt von Treiberhand über die Felder Podoliens in die Militairanstalten des innern Russlands. Nicht jener sinnverwirrende, gewandte, in seinem innersten Wesen faule, aber in der äußern Erscheinung doch blendende Geist ist es mehr, den man noch der Mühe werth hält, über Polen walten zu lassen, und der von je her — seit den Zeiten der großen Katharina — seine Schule gemacht hat an der Kiewa; da keine Rücksichten mehr zu nehmen sind, da das Geschrei nicht hinüberdringt in die bethörte Welt, so hat man den seidnen Handschuh fallen lassen. Große Staatsmänner, die es verstehen, vorzudringen bis in des Volkslebens innerstes Heiligthum, sich dort hinzusetzen mit vergiftetem Messer und schon für die künftigen Geschlechter wegzuschneiden die keimende Hoffnung; tief sinnige Staatsmänner, wirkend im Sinne der Aufklärung und der Civilisation, die sich nicht begnügen, die flüchtige Erscheinung zu verderben, sondern die den letzten Rest des Nationalgeistes, die katholische Religion, im Auge haben und sie dort zu vertilgen suchen; großmüthige, illustre Staatsmänner, die, nachdem in wehrlosem Kampfe der Fuß gesetzt war auf den kaum noch zuckenden Körper, auch die unsterbliche Seele des Volks zu Grunde zu richten trachten. . . . Intriguenwesen, Ränke, Bestechlichkeit herrschen neben den strengen, aber zweideutigen Befehlen; mit Schlaueit und Geld verachtet man die Letztern. Die eingeborenen Polen werden buchstäblich, wenn sie nicht verhungern wollen, zum Ruffenthum gezwungen, weil sie sonst keine Anstellung erhalten. Am merkwürdigsten ist die dortige Censur und Militäraushebung. Man erinnert sich vielleicht noch der sehr human klingenden veröffentlichten Censurverordnung aus Polen, in der sogar — wie aus schneidender Ironie — Redewendungen vorkamen, die den neuesten preussischen Censurrescripten nachgeahmt sind. Betrachten wir die Praxis! Den Freunden der polnischen Literatur ist eine Fabel bekannt unter dem Namen: Der Hahn als Tyrann seiner Familie; eine ganz beziehungslose Fabel. In den im Königreiche kursirenden Büchern findet man das Wort „Tyrann“ in der Ueberschrift durch einen großen Kler von der Hand der Censoren weggeschwift; der Hahn soll kein Tyrann sein. Das Wort wolnoś bedeutet im Polnischen „Freiheit“ und wird bei Redewendungen gebraucht, als da sind: Dieser Mensch hat in seinem Benehmen viele Freiheit; das streicht die Censur und setzt dafür: swoboda, unser „Behäbigkeit, Behendigkeit.“

Die unschuldigsten berliner Blätter sind mit Wicse überzogen, selbst die Annoncen der Kaufleute daselbst werden nicht verschont; und als wir erkaufte eine solche Stelle verglichen, fanden wir angezeigt: Mähen à la Polonais. Uns liegen Leihbibliothekenbücher vor, Romane, in denen ganze Seiten weggerissen sind von des Censors Hand, und solches großmüthig annoncirt ist den Lesern. Das Niederträchtige, das Schamlose, das Giftige, das Zotenartige, Dasjenige, was wie entnervendes Gift den Völkern in die Adern und in die Seelen schleicht, das lassen diese Censoren mit wohlbedachter Ueberlegung stehen, das wird den Menschen gereicht in goldener, verführerischer Schale, damit sie recht bald würdige Kinder der großen „Familie“ werden; was aber auch nur die leiseste Andeutung gibt, daß über allem menschlichen Treiben ein rächender Gott waltet, daß das Geschrei der Gedrückten empordringt zur gehörigen Stelle, auch wenn ihnen der Mund geknebelt ist, das wird mit einem Scharfsinne vertilgt, der — und das ist die gute Folge dieser Procedur — den Geist der Nation in steter Spannung hält. Fragt man nun, welchen Händen diese ruhmreiche Arbeit anvertraut ist, so bekommt man eine eigenthümliche Antwort. Die höhern Chefs sind russische Militairs, die denn freilich auch auf russisch-militairische Weise behandelt werden. Neulich schickte Fürst Paskevitsch einen solchen Obersten, der in der Gazeta Warszawska eine aus einer posenschen Zeitschrift entnommene Fabel hatte passiren lassen, in welcher die Polizei politische Anspielungen finden wollte, auf 14 Tage in Arrest. Als der Censor sich damit entschuldigte, daß er nichts gemerkt hätte, erwiderte der Fürst: „Was da! als Censor müssen Sie Alles merken!“ Die minder bedeutsamen Stellen bei der Censur, die Arrangirenden für die Wicspartien sind meistens Deutsche, auf deutschen Universitäten gebildete, mit deutscher Wissenschaft, mit

deutschem Freiheitsgefühl großgesäugte teutonische Heroen*), der Subaltern-Chef der ehrenwerthen Gesellschaft ist ein ehemaliger Herrnhuter, einst begeistert für Deutschlands Erhebung und seine Hochgefühle ausströmend in — Bardengesänge; dann in zerknirschter romantischer Gesinnung sich zuneigend zur römisch-katholischen Kirche und zu Dresden, durch Pater Krahl, hingezogen in deren Mutterschoos; jetzt andächtige Verbeugungen machend vor dem celebrirten Popen, griechisch-katholisch mit penibler Devotion, vielbelobter Berichterstatter an den Fürsten Paskevitsch über die deutsche Literatur und der geschiedteste, brauchbarste Censor in Warschau. Eine merkwürdige Laufbahn, die zum tiefen Nachdenken anregt und in der für Deutsche etwas Bedeutungsvolleres, fast Grauenvolles liegt.

Im Winter werden die polnischen Bauern zum russischen Militairdienst ausgehoben, und da sie gewöhnlich fortzurennen pflegen wie aus der Höhle des Löwen, so zieht man sie, damit sie ohne Kleidungsstücke sind, fast nackt aus und sperrt sie also bis zur Abführung an die resp. Regimenter in einen finstern Thurm. Nichtsdestoweniger haben Reisende diese halbnaekten angehenden Vaterlandsvertheidiger über die Steppen und Wälder eilen sehen, wie gehegtes Wild. . . . Dies Alles, in Verbindung gebracht mit der systematischen Vertilgung der nationalen Sprache und der nationalen Sitten, diese wahrheitsgetreuen Saturnalien methodischer Zerstörung, die durchaus nicht in dem Willen des hochherzigen Kaisers liegt, dies Alles ist Kinderspiel gegen die im grandiosen Style zu Ende geführte Unterdrückung der römisch-katholischen Kirche, von der man an geeigneter Stelle überzeugt ist, daß sie die Wurzel des nationalen polnischen Lebens ausmacht, und daß sie darum weggeschnitten werden muß, bis in die letzte Faser. Man fasse die Sache doch ja recht auf! Es handelt sich hier um einen einfachen politischen Calcul, um ein Rechenkunststück; denn die griechisch-katholische Kirche ist weder proselytenmachend noch fanatisch. Ob sie dicht an die deutschen Grenzen politisch als herrschende Kirche vorrücken solle oder nicht: das ist der innere Kern all jener Experimente, die, indes wir träumen, durchgeführt sind. So lange die römisch-katholische Kirche, in ihrem innersten Wesen die Todfeindin des Ruffenthums, neben der Herrschaft der Russen und Polen waltete, so lange war eine Scheidewand zwischen Deutschland und den Moskowiten. Diese Scheidewand ist gebrochen; möge sie der deutsche Geist und mögen sie die deutschen Kanonen einigermaßen ersetzen!

Aus einer östlichen Provinz hat man sehr befremdliche Mittheilungen über eine Collision zwischen einem hohen Beamten daselbst und einem liberalen Gutsbesitzer. Der Erstere stieß beleidigende Redensarten aus und wollte von einem Ehrengerichte, welches der Begner vorschlug, nichts wissen. Darauf erfolgte eine Ausforderung des Letztern, die den Gerichten vorliegt. Die Sache macht unglaubliches Aufsehen.

Berlin, 25. Jan. Die Vorgänge in Posen scheinen doch einen andern Charakter zu haben, als man anfänglich vermuthete. Mehrere aus Russisch-Polen übergetretene Polen, welche, zum Theil um sich der Militairpflichtigkeit zu entziehen, zum Theil aus andern Gründen in Preußen ein Asyl gesucht, sollen geglaubt haben, sich dankbar für diese Wohlthat zeigen zu müssen, indem sie die Aufnahme durch eine Verschwörung zu belohnen suchten, als deren erste Opfer viele der ersten Beamten in Posen fallen sollten. Wie verlautet, wollten die Verschworenen am 15. Jan. losbrechen, verschoben es aber auf einige Tage später und wurden entdeckt. Der commandirende General bewies dieselbe Energie und Kaltblütigkeit, als er sich auf der Liste der Bedrohten gefunden, welche er so oft einem ehrlichen Feinde gegenüber gezeigt. Wol erzählt man sich, die Ankunft des umsichtigen Oberpräsidenten v. Beurmann in Berlin hänge mit den Vorgängen in Posen zusammen, doch war diese Reise längst beschlossen, bevor man von der bevorstehenden Katastrophe eine Idee hatte. Eine andere Frage ist, was wird man mit den eingezogenen Verbrechern machen? Vorläufig soll man beschloffen haben, sie nach Stettin zu bringen, wo dann das Weitere über sie verfügt werden wird.

Königsberg, 22. Jan. Wir lesen in der gestrigen Zeitung (was jedoch bei der Kürze der Zeit noch nicht die Erwiderung auf die Erklärung des Dr. Jacoby [Nr. 22] sein kann) über denselben Gegenstand einen Aufsatz von dem Justizminister Mühlert, welcher ausführlich sich über die Nichtberechtigung des Dr. Jacoby ausspricht. Besonders interessant in diesem ministeriellen Artikel sind die Schlussworte: „Sollte künf-

*) Man muß grade in jetziger Zeit darauf immerfort hinweisen, wie schmiegfam, wie für die verschiedenartigsten Ehrenämter passend, wie für die verschiedenartigsten Nationalitäten und für das drückendste Joch empfänglich die Deutschen von je her gewesen sind; wir verweisen namentlich auf den Briefwechsel zwischen dem Minister Johannes v. Müller und denjenigen deutschen Gelehrten, die in dem Stammlande der alten Cheruskler lebten, da, wo sich jetzt das Denkmal Hermann's, des Befreiers, erhebt. Was folgt daraus? Nicht, daß wir den deutschen, historischen Ruhm verkleinern mögen, den wir so hoch halten wie irgend Einer. Es folgt daraus, daß wir dringend mahnen, neben dem Ruhme der deutschen Vergangenheit doch endlich auch nüchtern und schöpferisch an die Gegenwart zu denken und neben dem Glanze der Vorfahren auch die eigne Zukunft vor Augen zu haben. Es gibt Ideen und Phantasmagorien, mit denen man der Wirklichkeit gegenüber heutzutage keinen Hund aus dem Ofen lockt; und wenn wir weiter nichts geworden sind als phrasenkundige „Deutsche“ mit bekannten Tiraden, so möchten sich für die Lage, welche kommen, sehr Viele finden, die jenen Gelehrten im Cheruskerland und jenen Censoren in Warschau Nachahmung widmeten. Die deutsche Philosophie würde nichts dabei verlieren; umgekehrt, wenn ein fremdes Joch auf uns lastete, würde ein großer deutscher Philosoph erstehen, der uns freudetrunkend verkündete: jetzt grade sei die Blütezeit der deutschen Philosophie, weil die Nation mit der Politik nichts mehr zu theilen habe und sich also der Philosophie ganz zuwenden könne.

fig. d.
so w.
Das
der C.
dieser
Unter
Nede
Erwa
rich
gen i
aufge
Berer
den.
Danz
die G
liche
gerpa
nothw
und
die T
aber
als b
Mona
Indiv
Nichte
zwei
her al
lich a
laden
geföh

*
zogi
am 6.
länger
falls
und in
einzig
wenig
**

der da
rer M
funden
herlage
That m
bande
Ein B
maria
der zu
werden
benutzt
der S
und en
Anzeig
gen ein
genthü
Anzahl
Strü
schen
Dem
batten
bei me

*
dächtige
lichen
schen
gar das
von M
find, un
Dasselb
lastbean
dung de
werfung
dig gen
14.000
gestellt
man sie
gleich,
zu dem
der Une
wahren
werde.
(Nr. 27
Adresse
feh von

fig. das öffentlich-mündliche Criminalproceßverfahren eingeführt werden, so wird sich seine (des Dr. Jacoby) Beschwerde von selbst erledigen." Das ist doch etwas weitausgehend. — Auch hier hat sich ein Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung gebildet (Nr. 27), zu welchem seit Beginn dieses Jahres 135 Personen aus allen Ständen zusammengetreten sind. Unter den Namen der Männer, welche deshalb öffentliche Anzeige erlassen haben, befindet sich auch der des Dr. Kupp, bekannt durch seine Rede über den christlichen Staat und seine höchsten Orts nicht bestätigte Erwählung zum Gymnasialdirector. — Auf die Nachricht, daß Friedrich Ludwig Zahn in Freiburg durch ungünstige Verhältnisse gezwungen ist, sein Haus zu verkaufen, hat der hiesige Turnrath zu Beiträgen aufgefordert, um dem würdigen Veteranen sein Besitztum zu erhalten. Bereits sind 350 Thlr. eingegangen und nach Freiburg abgesendet worden. — Eine merkwürdige Diebstahls-Geschichte wird aus Schöneck bei Danzig berichtet: Während eines Zeitraums von drei Monaten wurden die Einwohner dieses Städtchens durch wiederholte höchst freche, nächtliche gewaltsame Diebstähle in der Art beunruhigt, daß nächtliche Bürgerpatrouillen und Erhöhung des Nachwächtergehalts vom Magistrat für nothwendig gehalten wurden. In Folge dieser getroffenen Maßregeln und der vereinten Bemühungen der Einwohner ist es endlich gelungen, die Diebe zu entdecken und in Gewahrsam zu bringen. Wer malt sich aber bei dieser Gelegenheit das Erstaunen der hiesigen Justizbehörden, als bereits wegen Diebstahl zur Untersuchung gezogene und während dreier Monate im Gefängnisse des hiesigen Land- und Stadtgerichts befindliche Individuen als die Ausübter aller nächtlichen gewaltsamen Einbrüche dem Richter vorgestellt wurden! Die in Rede stehenden Diebe waren mittels zweier Bagabunden, die ihre Helfershelfer waren, durch Nachschlüssel bisher allnächtlich aus ihrem Gefängnisse befreit worden, um gemeinschaftlich auf den Raub auszugehen, und waren dann mit Tagesanbruch, beladen mit allen Bequemlichkeiten des Lebens, wieder in dasselbe zurückgeführt worden.

Österreich.

* **Wien, 23. Jan.** In der heutigen Nacht verschied die Erzherzogin Marie, älteste Tochter des Vicekönigs Erzherzogs Rainer (geb. am 6. Febr. 1821) und Braut des Prinzen von Savoyen-Carignan, nach längerer Krankheit in der kaiserlichen Hofburg hier. Dieses Trauerfalls halber werden im laufenden Carneval alle Festlichkeiten bei Hofe und in den höhern Kreisen unterbleiben. — Zu dem ersten und nun auch einzigen Hofballe waren an 1200 Personen geladen. Fremde wurden wenig bemerkt; Fürst Milosch erschien als der ausgezeichnetste unter ihnen.

** **Wien, 23. Jan.** Zuverlässigen Nachrichten aus Görz zufolge soll der daselbst festhaft gewesene Graf v. Uttems, ein bejahrter, achtbarer Mann, in seinem Cabinet getödtet, mit vielen Wunden bedeckt, gefunden worden sein. Ungeachtet zahlreiche werthvolle Gegenstände umherlagen, so zeigte sich doch keine Spur der Verabugung. Das Motiv der That mag persönliche Rachsucht gewesen sein. — Ein sehr origineller Contrebandefall erregt hier die Aufmerksamkeit des gesammten Publicums. Ein Baron *** fuhr von Zeit zu Zeit in einer eleganten Equipage zur mariabilen Linie hinaus, worauf er nach Verlauf einiger Stunden wieder zurückkehrte. Equipagen pflegen selten gefällmüthlich durchsucht zu werden, wie dies bei andern Fuhrwerken der Fall ist. Diesen Umstand benutzte der genannte Herr, um ausländische Cigarren in Massen nach der Stadt zu schmuggeln. Die Equipage war ganz darauf eingerichtet und enthielt eine Menge versteckter Aufbewahrungsorter. Eine geheime Anzeige scheint übrigens stattgefunden zu haben, und als man den Wagen eines Tages genau durchsuchen zu wollen erklärte, legte sich der Eigenthümer aufs Fliehen, wurde jedoch auf offener Straße gefangen. Die Anzahl der eben transportirten Cigarren soll sich auf mehrere Tausend Stück belaufen haben. — Die königl. Resolution in Betreff der ungarischen Sprachangelegenheit muß bereits in Presburg angelangt sein. Dem Vernehmen nach wurde sie nicht ohne ernste und langwierige Debatten in der Conferenz gutgeheißen. Daß die gesammte Monarchie dabei mehr oder minder theilhaftig sei, erkennt wol jeder Denkende von selbst.

Spanien.

* **Paris, 22. Jan.** Die Regierung fährt fort, alle ihr irgend verdächtigen, ja sogar auch die ihr gleichgültigen Personen aus den öffentlichen Aemtern zu entfernen, um diese mit Männern von christlichen Antecedentien oder doch christlichen Gesinnungen zu besetzen. So gar das friedliche Amt eines Bibliothekars will sie nicht in den Händen von Männern lassen, welche der Sympathie für die Anarchos verdächtig sind, und es wurden daher neun Beamte der madrider Bibliotheken abgesetzt. Dasselbe Schicksal hat an einem einzigen Tage 73 Domainen- und Palastbeamte getroffen. — Die Opposition klagt bitter über die Verschwendung der öffentlichen Gelder, deren sich die Regierung bei der Auswerbung der Gehalte für die neuen Gesandten in Paris und Neapel schuldig gemacht habe. Die Besoldung des Herzogs v. Rivas soll nämlich auf 14,000 und die des Hrn. Martinez de la Rosa auf 25,000 Piafter festgestellt sein. Diese Summen erscheinen freilich ziemlich niedrig, wenn man sie mit den Gehältern der Gesandten anderer größern Mächte vergleicht, aber sie sind nichtsdestoweniger sehr beträchtlich im Verhältnisse zu dem Zustande der spanischen Finanzen, und wir fürchten, daß der Ruf der Uneigennützigkeit, welchen sich Hr. Martinez de la Rosa bisher zu bewahren gewußt hat, bei dieser Gelegenheit nicht ganz ungeschädet bleiben werde. — Trotz des Verbots der in Sevilla ausgeschriebenen Versammlung (Nr. 27) ist von dieser Stadt eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse bei der Regierung eingelaufen, deren Unterzeichner gegen das Gesetz von 1840 über die Ayuntamientos protestiren. — Die Provinzial-

deputation von Barcelona hat eine Adresse an die Königin Christine abgeschickt, in welcher sie sich selbst und der Mutter der Königin Isabella Glück wünscht zu deren bevorstehender Rückkehr nach Spanien, indem sie die dringende Einladung hinzufügt, daß die Königin Christine ihren Weg über Barcelona nehmen möge. Das Ayuntamiento von Barcelona hat auf die Botirung einer ähnlichen Adresse nur verzichtet, weil das Gesetz von 1840 den städtischen Behörden alle Berathungen und Beschlüsse über politische Gegenstände untersagt. Es ist übrigens zu bezweifeln, daß die Gesinnungen der Provinzialdeputation und des Ayuntamiento von Barcelona in diesem Punkte die der Mehrheit der Bevölkerung der catalonischen Hauptstadt sind.

Großbritannien.

London, 21. Jan.

Die Katholikenversammlungen scheinen nicht den Umfang zu gewinnen, den man ihnen anfänglich zu geben versuchte. Es ist zu schwer, dem gesunden Menschenverstand einzureden, daß ein Ereigniß, was bei der Bildung der Jury im ganzen englischen Gebiet alltäglich vorkommt, ja pflichtgemäß gar nicht ausbleiben kann, eine Verletzung der Katholiken gebildet habe. Die Bestimmung, daß bei der Bildung einer Jury jede Partei von den durchs Loos bezeichneten 48 Namen ganz beliebig und ohne irgend einen Grund anzugeben, 12 streichen kann, ist jedem Engländer bekannt, und man weiß auch, daß dieses Streichen, sowie überhaupt alle formellen Geschäfte bei den Proceßes weder von den Parteien selbst noch von den Advocaten, welche die Anklage oder Vertheidigung führen, sondern von den sogenannten Solicitors oder Sachwaltern besorgt wird, die ein halb juristisches, halb mercantilisches Geschäft betreiben und fast eben so selbständig dastehen wie die sogenannten officiers ministeriels in Frankreich: Huissiers u. Bei einer solchen Sachwalterfirma stellen die Parteien die Erfüllung aller Formlichkeiten u., und die Sachwalter selbst sind amtlich vereidigt, nichts zu versäumen, was dem Interesse ihrer Klienten dienlich sei. Solcher Sachwalter bedient sich die Krone oder der Staatsanwalt eben so wohl wie angeklagte Privatpersonen, und von dem Sachwalter der Krone, der seinem Amte gemäß diejenigen 12 Namen streichen mußte, welche er der Anklage am wenigsten förderlich erachtete, sind die elf Katholiken verworfen worden. Dies ist Alles zu bekannt und die weder den Repealern dienbaren, noch die Repeal für ihr Parteiinteresse ausbeutenden Journale haben zu klar nachgewiesen, daß bei dem Streichen jener 12 Namen nur die treue Erfüllung einer beschworenen Amtspflicht von Seiten eines Solicitors, nicht aber der Staatsanwalt oder gar die Regierung theilhaftig sei, um auf diesen Vorwand hin eine dauernde Aufregung erwarten zu lassen. In den katholischen Kirchen werden übrigens jetzt Messen für D'Connell's Freisprechung gelesen, wie schon früher im Kirchengebet ihm Heil erfleht zu werden pflegte. D'Connell selbst erscheint stets in Advocatentracht vor Gericht. Auch hat er seinen Repealern verboten, die Leute bei seinem Vorüberfahren auf der Straße zum Hutabnehmen zu zwingen. Der Proceß, sagt er, kümmerge ihn eben so wenig, wie eine Prife Taback, zumal da er nie schnupfe. Die illustrierten Zeitungen in London, in Paris und in Leipzig bringen die Portraits der Angeklagten, der Richter u. Die Staatsmänner endlich bekümmern sich wenig um den ganzen Proceß, da es fast ganz einerlei ist, ob D'Connell freigesprochen oder verurtheilt wird, indem Irland nur durch eine Umgestaltung seiner Landbesitz- und Landpachtverhältnisse geholfen werden kann und nirgend als im Parlamente zu London eine Anwendung dieses Mittels zu hoffen steht. Die französischen Journale heben noch als eine Eigenthümlichkeit hervor, daß man bei dem Proceß oft lache, daß man wenig Anstand beweise und daß die Journale täglich Angriffe gegen die Geschworenen oder die Angeklagten veröffentlichen. Als Gegenjah weisen sie auf Frankreich hin, wo man so lange, als ein Angeklagter vor den Geschworenen stehe, über beide Theile schweige. Sie vergessen dabei, daß dies in Frankreich auch von größerer Wichtigkeit ist, da dort die Geschworenen ihr Schuldig oder Unschuldig auf eine moralische Würdigung der Strafbarkeit bauen, in England dagegen von der Jury bloß eidlich bezeugt wird, daß ihr irgend eine bestimmte Thatfrage durch die beigebrachten Zeugnisse erwiesen oder unerwiesen scheine.

— Ein Schreiben von den **Sandwichinseln** vom 18. Mai enthält die Schilderung eines gewaltigen Ausbruchs des Vulkans **Manna Loa** in einer Höhe von 14,000 Fuß über dem Meerespiegel. Der erste Ausbruch erfolgte schon am 10. Jan. und hat seitdem längere Zeit mit zunehmender Heftigkeit fortgedauert. Die flüssige Lava ergoß sich in glühenden Strömen mehrere Wochen hindurch über die Seiten des Berges und erstreckte sich bis auf 20—30 Miles von ihrem Ursprunge.

** **Paris, 21. Jan.** Die Anklagebegründung des Attorney General gegen D'Connell u. ist endlich vollständig vorhanden. Am 18. Jan., nachdem erst die eine Hälfte angekommen, verkündete der Standard für die andere Hälfte die „allerbedeutendsten Aufklärungen“ (revelations); nun die Aufklärungen sind Neben D'Connell's, die er vor aller Welt gehalten hat, Auszüge aus der Presse, die aller Welt zu Gebote standen. Die Grundlage der Anklage beruht auf einem Trugschlusse, auf einer Tendenzinterpretation. Das Raisonnement des Attorney General ging dahin: „Verschworene sind Solche, die sich verbünden, um ungesetzliche Handlungen zu begehen oder durch ungesetzliche Mittel ein ungesetzliches Ziel zu erreichen.“ Da es nun aber kaum möglich ist, die Meetings und selbst die Repeal als solche ungesetzliche Mittel und Zwecke zu nennen, so geht der Ankläger weiter und sagt: „Die Jury ist berechtigt, von der Tendenz einer Handlung zu schließen, daß sie das Resultat einer vorhergehenden Uebereinstimmung war.“ Diese beiden Stellen sind wörtlich aus der Times genommen, und sie charakterisirt auf diese Weise sehr schla-

gend den ganzen Proceß. Es handelt sich nun nur noch darum, ob die Jury die rechte Tendenz in die an und für sich geseglichen Handlungen bringen wird. Das ist aber kaum zu bezweifeln, denn nachdem man die 63 Geschworenen vergessen, und dann nachträglich noch die 12 Katholiken und Liberalen ausgeworfen hat, besteht die Jury nur noch aus Tendenzleuten, aus Drangisten. Wie aber der Proceß ausfallen mag, er wird schwer auf dem Geschick Englands lasten, und hätte er auch keine andere Folge als die, die Persidie, auf der er beruht, von Dublin aus in den eignen Colonnen der englischen Blätter der ganzen Welt klar wie der Tag gemacht zu haben.

Frankreich.

Paris, 22. Jan.

Der osmanische Botschafter am französischen Hofe, Reschid-Pascha, ist in Paris eingetroffen.

Bei einer Schießübung des französischen Linienschiffs Marengo ist an der Küste von Griechenland ein Einwohner der Insel Mikoni getödtet worden. Der Befehlshaber des Kriegsschiffs gab der Familie des Armen sogleich 500 Fr. und die Regierung wird ihr wahrscheinlich eine Pension bewilligen, wie dies in ähnlichen Fällen stets zu geschehen pflegt.

Paris, 22. Jan. Die vorgestrige Rede Guizot's war eigentlich die erste der gegenwärtigen Verhandlung, die eine größere Bedeutung hatte. Sie ist reich an Resultaten und Aufklärungen. Die Achse der Politik Ludwig Philipp's war stets die englisch-französische Allianz. Durch sie und zu ihrer Vermittelung erhielten nach und nach Talleyrand, Sebastiani und Guizot Einfluß. Gegenwärtig hat diese Politik ihr Ziel erreicht, ist zum „herzlichen Einverständnisse“, cordiale entente, gelangt. Sie war schon einmal auf diesem Punkt, als die Quadrupelallianz abgeschlossen wurde; die Zukunft muß zeigen, ob die sentimentale Freundschaft zwischen dem Könige der Franzosen und der Königin Englands bessere Früchte tragen wird, als sie die Quadrupelallianz Talleyrand's getragen hat. Man sollte es fast hoffen, hat doch Hr. Guizot sich an „den guten Willen, die politische Ehrlichkeit“ des englischen Ministeriums gewendet. Diese politische Ehrlichkeit hat noch nie Jemanden betrogen, wie sollte Hr. Guizot vergebens auf sie rechnen? Doch wie gesagt, warten wir ab, denn vorerst hat die cordiale entente noch keine sonderlichen Früchte getragen. Sie ist überhaupt noch sehr jung und datirt eigentlich erst von dem Sturz Espartero's und von der griechischen Revolution. Denn selbst nach Hr. Guizot erstreckt sich die Herzeseinigtheit im Wesentlichen nur auf Spanien und Griechenland. So lange Espartero herrschte, unterstützte ihn England, während Frankreich offenbar, wenn nicht thatsächlich, doch sicher durch seinen moralischen Einfluß gegen ihn wirkte, und mehr als Alles dazu beigetragen hat, ihn zu stürzen. Seit Espartero gefallen ist, herrscht in Spanien die französische Partei, und daher ist es sehr klug, wenn England durch die cordiale entente die französische Politik, so lange sie in Spanien mächtig ist, verhindert, ihre Macht zu benutzen, um die französischen Interessen durch günstige Zolltarife und auf jede andere Weise fester zu begründen. Daß dies der Fall, sagt Hr. Guizot selbst. Er vergaß in seiner großen Rede von den Handelsinteressen Frankreichs in Spanien zu sprechen, und als Hr. Billaut ihn an dieselben erinnerte, gestand er zu, daß in dieser Beziehung nichts geschehen, und daß Frankreich und England einverstanden seien, keine Handelsverträge mit Spanien zu schließen, sondern es Spanien zu überlassen, seine Zölle nach seinem eignen Vortheile zu modificiren. So lange Espartero die Angelegenheiten Spaniens leitete, dachte und handelte die englische Politik anders, suchte und erlangte bedeutende Vortheile, betrieb einen Handelsvertrag so ungeschickt, daß sie grade hierdurch die Ursache zum Untergange Espartero's wurde. Käme morgen die englische Partei in Spanien wieder an die Herrschaft, so würde die cordiale entente die „politische Ehrlichkeit“ der englischen Politik nicht verhindern, wieder da anzufangen, wo sie beim Sturze Espartero's aufhörte. In Bezug auf Griechenland findet ein ganz ähnliches Verhältnis statt; vor der Revolution vom 15. Sept. standen sich die englische und die französische Partei, die Kolettis und Maurokordatos feindlich gegenüber. Die Revolution selbst gab der französischen Politik und der französischen Partei überwiegenden Einfluß, denn sie war es, die beständig auf eine Constitution hingearbeitet hatte. Gegenwärtig herrschen nun der französische Einfluß und französische Ansichten und Sympathien in Athen, und deswegen schließt sich England sehr ernst an Frankreich an, um zu verhindern, daß dieser Einfluß nicht zu Resultaten führe. Auch in Griechenland bleiben die Handelsverhältnisse ungeordnet, wol bis eine Zeit kommt, wo England die Macht hat, sie in seinem Interesse zu ordnen.

Diese Politik des französischen Cabinets ist so unpolitisch als möglich, sie ist ehrlich gemeint, aber einfältig. Die englische „politische Ehrlichkeit“ wird daraus schon ihren besten Nutzen ziehen, und dann Frankreich im Falle der Noth wieder im Stiche lassen. Die Franzosen sind eben keine Politiker, sie folgen stets einem höhern Antriebe als dem des kalten, berechnenden Egoismus. Dst war dieses Motiv freilich nur die Ruhmsucht, die Eitelkeit, aber nie die kalte Berechnung zur Ausbeutung. Gegenwärtig wieder ist im Ganzen das Benehmen der französischen Politik Spanien und Griechenland gegenüber in seiner Art ein ritterliches, ein grundsätzliches. Diese Seite der französischen Politik ist es ganz besonders, die man rühmen muß, während England fast alle seine Bundesgenossen, Spanien, Portugal, Holland, vernichtet hat.

In Bezug auf den Orient scheint die französische Politik nachgerade ebenfalls mehr als die übrigen Mächte Europas auf dem rechten Wege zu sein. Hr. Guizot sagte uns, wie Frankreich die serbische Frage vor den Rath der Mächte Europas habe ziehen wollen. Das ist der Weg, den Orient zu retten, ihn aus den Händen Rußlands zu ringen. Es

muß klar werden, daß die Interessen der ganzen Welt gebieterisch fordern, jede europäische Macht zu verhindern, im Orient allein zu handeln. Als Frankreich verlangte, die serbische Frage vor das concert européen zu bringen, erklärte das österreichische Cabinet, daß diese Frage „nur Rußland und die Pforte interessire“. Nachdem so Rußland und Oesterreich einverstanden, gab erst auch England und zuletzt Frankreich nach; sie erkannten somit Serbien thatsächlich — für eine russische Provinz.

Die französische Politik, nicht sowohl die des Cabinets als der Verhältnisse und Zustände, ist unstreitig heute ehrlicher als die vieler andern Länder. Sie hat nur das Unglück, daß sie auf einer falschen Unterstellung, der cordiale entente zwischen England und Frankreich, beruht, und dann in Folge der innern Verhältnisse Frankreichs nicht den Muth hat, den ehrbaren Frieden auf die Gefahr eines Kriegs hin zu vertreten. Das ist die Ursache, daß sie so manche Mißgriffe macht, und daß sie, wo sie selbst das Rechte will, nicht den gehörigen Ernst einsetzt. So kam es, daß sie die serbische Frage fallen ließ und sich sogar bei einer nationalen Verlesung in Jerusalem mit einer Genugthuung in Konstantinopel zufriedensetzte. Die cordiale entente ist ein Unglück für Frankreich und Europa; doch ist dafür Europa vielleicht mehr verantwortlich als selbst Hr. Guizot.

Paris, 22. Jan. Der vor einigen Wochen des Wahnsinns verdächtige Besitzer des Cassationshofs, Hr. Madier de Montjau, hat bekanntlich die Regierung, welche für das seine Vernunft in Zweifel stellende Gerücht verantwortlich gemacht wurde, mit compromittirenden Aufschlüssen bedroht, sobald der Proceß des wegen der Reife nach Belgrave Square angeklagten Gerichtsbeamten von Lille beendet sein werde. (Nr. 12.) Diese Sache nun wurde vor etwa acht Tagen durch einen verurtheilenden Ausspruch des Cassationshofs rechtlich erledigt. Gleichwol schwieg Hr. Madier de Montjau bis heute, wo er endlich im National mit der Erklärung auftritt, daß der rechte Augenblick für seine angekündigten Mittheilungen an das Publicum noch immer nicht gekommen sei, weil Hr. de Fontaine, der verurtheilte Gerichtsbeamte, durch die gesegwidrige Veröffentlichung eines Theiles der vor dem Cassationshof in seiner Angelegenheit geführten Verhandlungen von neuem in eine Stellung gebracht worden, welche ihm, Hr. Madier de Montjau, die Beobachtung gewisser Rücksichten gebiete, die jene Bekanntmachung nicht zulassen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die hier angegebene Ursache des verlängerten Schweigens des Hr. Madier de Montjau wirklich eine hinreichende Erklärung desselben bilde, oder ob der eigentliche Grund davon anderswo zu suchen sei. Gewiß ist es, daß die Veröffentlichung des bei verschlossenen Thüren gehaltenen Requisitoriums des Hr. Dupin gegen Hr. de Fontaine eine unverantwortliche Verlesung der klarsten Gesetze ausmacht, sodas man von keiner Seite auch nur die leiseste Entschuldigung dieses von oben herab gegebenen Scandals zu versuchen den Muth gehabt hat. Selbst der unerschrockenste Wortführer aller schlechten Sachen, der Globe, wagt seine eiserne Stirn nicht bei einer Vertheidigung dieses Autoritätsstreichs zu compromittiren. „Jene Bekanntmachung, sagt Hr. Madier de Montjau in seinem Brief an den National, ist mit dem größten Rechte von einer berühmten Magistratsperson une insultante inconvenance, une odieuse lâcheté genannt worden. Der Cassationshof ist dadurch in Aufregung, in Entrüstung versetzt, man hat ihm unvollständige, beschämte Auseinandersetzungen darüber gemacht, die ihn im Zweifel gelassen haben, ob er eins seiner Mitglieder oder aber die Regierung anklagen solle.“ Hr. Madier de Montjau gibt übrigens sehr deutlich zu verstehen, daß der Abdruck des Dupin'schen Requisitoriums im Moniteur jedenfalls im Einverständnisse mit der Regierung geschehen sei, welche dadurch auf die am folgenden Tag angefangene Kammerdebatte über die legitimistischen Demonstrationen in der Kammer habe präcludiren wollen. Der Correspondent des National spricht überhaupt mit Unwillen von dem Verfahren, das die herrschende Politik gegen die gestürzte Dynastie und gegen deren Anhänger beobachtet. „Zu einer Zeit, sagt Hr. Madier de Montjau, wo sich die Julirevolution noch groß und trotz ihres gerechten Borns großmüthig zeigte, war ich einer der Ankläger der Minister Karl's X., und ich war auch einer der 219, welche die Thronentsetzung aussprachen. Aber indem ich an dem feierlichen Ausspruche Theil nahm, welcher sogar ein Kind von zehn Jahren traf, war ich der Ueberzeugung, daß die neue Staatsgewalt verpflichtet sei, dem Unglück und der Verbannung nicht nur einigermitleid, sondern auch einige Achtung zu zollen. Und diese Pflicht der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit hat man muthwillig verkannt, und ich werde bald Alles sagen, was ich über diesen Gegenstand weiß.“ Wir für unsere Person zweifeln, daß Hr. Madier de Montjau in diesem Punkte große Geheimnisse aufzudecken habe, und wir halten es für ziemlich wahrscheinlich, daß er darauf ausgehe, sich der vor dem Publicum übernommenen Verpflichtung unter einem guten Vorwande zu entziehen.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. Die Regierung hat vor mehreren Tagen der Kammer einige der Entwürfe vorgelegt, zu welchen sie sich in der Discussion über die Finanzlage des Landes, bei der Berathung der Mittel und Wege anheischig gemacht hatte, und deren Zweck ist, durch Herstellung neuer Hülfquellen für den Schatz das jährlich sich erneuernde Deficit desselben zu decken. Man wußte, daß eine Auflage auf den Taback beabsichtigt wurde, aber die Basen derselben sowie ihre Einrichtung sind jetzt erst bekannt geworden. Es gibt wenige Industriezweige, welche in der neuesten Zeit einen so bedeutenden Aufschwung bei uns genommen haben wie die Fabrikate des Tabacks. Eine große Menge neuer Fabriken ist entstanden, und die Einfuhr fremden, besonders amerikanischen Tabacks ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Grund davon ist theils in dem überall gesteigerten Verbrauche, theils aber auch in der Unbedeutendheit der Lasten,

der
rol
in
Ki
den
M
nie
sen
bef
Pr
del
hat
grü
wä
Erh
auf
Zeh
die
gen
Eyl
ruh
fati
die
er n
den,
35
len
einer
60
wie
worf
wie
Mill
gezog
der i
Um
wird
wahr
3 M
fung
daß e
ohne
rung
berlich
ist in
Freihe
Ausno
sich ka
steht, s
Mill.
ten Z
Industri
die B
C
tione
gen Fr
Kamm
Natur
politisch
die Kar
die gro
nur für
Ganz
dividuen
Kosten
registrier
turalisat
durch, se
Maßreg
den Ver
An
(Nr. 11)
Sie we
setzen un
Töchterf
tigen Le
Standes
sind die
orden ge
gegeben,
bung sei

* Ko
diesen M
chem Kei
wurde du

denen die Fabrikation unterlag, zu suchen. Während fast in allen Ländern Europas bedeutende Eingangszölle auf den Rohstoff gesetzt sind, unterlag er in Belgien nur einer Steuer, die durchschnittlich 3 Fr. 44 Cent. für 100 Kilogr. betrug. Dieser Umstand, verbunden mit der Höhe der Preise in den Nachbarländern, besonders aber mit dem in Frankreich bestehenden Monopol, erlaubte dem belgischen Fabrikanten, die Waaren zu beibeitern niedrigeren Preisen zu liefern. Der Unterschied zwischen den Fabrikpreisen in Menin z. B., wo die größten belgischen Tabaksmanufacturen sich befinden, und denen der Regie in Frankreich betrug im Durchschnitt 75 Proc., und wurde so Ursache eines höchst bedeutenden Contrebandehandels und einer nicht unbeträchtlichen regelmäßigen Ausfuhr. Seit lange hatte man schon auf die dem Tabak zu Theil werdende, durch nichts begründete Begünstigung aufmerksam gemacht, und in den Kammern war während der letzten Jahre regelmäßig bei Gelegenheit des Budgets die Erhöhung der Steuer in Vorschlag gebracht; die Ausführung war aber auf Schwierigkeiten und Rücksichten gestoßen, die sie verschieben machten. Jetzt, wo durchaus neue Hülfsmittel herbeigeschafft werden müssen, denkt die Regierung ernstlich daran und hat, nachdem sie die Sache länger und genau geprüft, der Kammer in einem langen Gesekentwurf ein ganz neues System der Besteuerung vorgelegt, das auf eigenthümlichen Basen beruht und dessen Grundzüge folgende sind. Die Steuer trifft die Fabrikation und den Debit, die Einführung des Tabaks ist durchaus frei. Um die Erhebung zu sichern, muß aller Tabak, woher er in welcher Form er nach Belgien komme, in die Entrepots der Regierung niedergelegt werden, von dort wird er den Fabrikanten gegen Erlegung einer Steuer von 35 Fr. auf 100 Kilogr. verabfolgt. Um die Einschmückung zu beschränken und herauszustellen, wird der Verkauf des fabricirten Tabaks mit einer besondern Abgabe belastet, die 10 Cent. für 100 Kilogr. Tabak und 60 Cent. für dieselbe Quantität Cigarren beträgt. Die Fabrikation sowie der Absatz werden einer strengen gesetzlichen Beaufsichtigung unterworfen, der auch die Cultur des Tabaks, die in einzelnen Provinzen, wie in Flandern und dem Hennegau, ziemlich bedeutend war, gegen 3 Mill. Kilogr. jährlich, unterliegt. Niemand darf Tabak bauen oder den gezogenen verkaufen, ohne der Regierung Anzeige davon zu machen, und der inländische bezahlt bei der Fabrikation dieselbe Steuer wie der fremde. Um den rechtmäßigen Absatz nach dem Auslande nicht zu vermindern, wird die Steuer für die exportirten Quantitäten zurückerstattet. Der wahrscheinliche Reinertrag der Auflage wird von der Regierung auf 3 Mill. Fr. jährlich geschätzt. Es ist unmöglich, ohne sehr genaue Prüfung ein Urtheil über diesen Entwurf zu fällen, nur so viel ist gewiß, daß er fast alle Misstände und Schwierigkeiten des Monopols darbietet, ohne seine pecuniären Vortheile. Besteuerungssysteme, zu deren Ausführung ein großer Luxus fiscalischer Maßregeln und Controlirungen erforderlich ist, haben in Belgien nie viel Glück gemacht. Die Bevölkerung ist in allen Klassen, und in den handeltreibenden am meisten, zu sehr an Freiheit der Bewegung gewöhnt. Ob die Verlegenheiten der Finanzen eine Ausnahme zu Gunsten des besprochenen Entwurfs herbeiführen werden, läßt sich kaum hoffen. Gewiß ist, daß dieses Monopol, wie es in Frankreich besteht, seiner größern Ertragsfähigkeit wegen — anstatt 3 Mill. würde es an 9 Mill. einbringen — viel Freunde hat; aber bei den vielen und ausgedehnten Interessen, die sich an die Erhaltung des blühenden Zustandes dieses Industriezweigs bei uns knüpfen, ist sehr wenig Aussicht vorhanden, daß die Vorschläge der Regierung in diesem Sinne modificirt werden.

Ein zweiter Entwurf des Finanzministers betrifft die Naturalisationen. Seit den letzten Jahren hat sich die Zahl der in Belgien ansässigen Fremden, welche um die bürgerliche Stellung der Eingeborenen bei der Kammer einkommen, außerordentlich vermehrt. Der Verfassung nach ist die Naturalisation eine doppelte: die gewöhnliche, welche alle bürgerlichen und politischen Rechte mit Ausnahme des Wahlrechts und der Wählbarkeit für die Kammern und der Fähigkeit, in den Ministerrath zu treten, ertheilt, und die große, welche auch diese Rechte gibt. Dem Gesetze nach kann die letztere nur für eminente dem Staate geleistete Dienste bewilligt werden und ist im Ganzen auch nur zwei oder drei Mal ertheilt, während mehrere Tausend Individuen die gewöhnliche erhalten haben. Bisher geschah dies ohne alle Kosten; durch den neuen Gesekentwurf aber wurde dieser Act einem Enregistrement unterworfen, welches 500 Fr. beträgt, während die große Naturalisation ganz frei bleibt. Die Steuer ist offenbar zu hoch; geht sie durch, so werden gewiß die Gesuche darum sehr selten und der Zweck der Maßregel dadurch verfehlt werden. Höchst wahrscheinlich wird die Kammer den Betrag der Steuer herabsetzen, das Princip derselben aber beibehalten.

Schweiz.

Am 16. Jan. sind endlich die Ursulinerinnen von Landshut (Nr. 11), vier Frauen und eine Laienschwester, in Luzern eingetroffen. Sie werden nun das früher aufgehobene Ursulinerkloster Mariabühl besetzen und unbeschadet der bereits angestellten Lehrerinnen an der dortigen Töchterchule einen höhern Cours eröffnen, der zur Ausbildung von künftigen Lehrerinnen und solcher Töchter dienen soll, welche vermöge ihres Standes und ihrer Anlagen eine höhere Bildung anstreben. Dadurch sind die angestellten Lehrerinnen nicht nur unter den weiblichen Jesuitenorden gestellt, sondern diesem auch die wirksamsten Mittel an die Hand gegeben, alle weiblichen Lehranstalten und die höhere weibliche Ausbildung seinem mächtigen Einflusse zu unterwerfen. (N. 3. 3.)

Italien.

* Rom, 15. Jan. In einer feierlichen Audienz empfing der Papst diesen Morgen den Kronprinzen von Württemberg mit zahlreichem Reisegefolge in den Prunkzimmern des Vaticanus. Der Kronprinz wurde durch den österreichischen Botschafter Grafen Lühow dem Papste

vorge stellt. Mit anwesende versichern, daß der Papst den jungen Fürsten mit außerordentlicher Cordialität und Keuschlichkeit aufnahm. Derselbe wird noch sechs Wochen hier verweilen.

+ Rom, 16. Jan. Gestern Abend gab der österreichische Botschafter Graf v. Lühow in den Sälen des venetianischen Palastes einen glänzenden Ball. Das sonst Abends so stille Rom war in ungewöhnlicher Bewegung durch das Geräusch der Kutschen und durch das Hin- und Hersprengen der Dragoner, welche zur Erhaltung der Ordnung überall im Corso postirt waren.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Profelytenmacherei unter den hiesigen Künstlern noch immer hier und da glücklich ist; erst vorigen Sonntag, am 14. Jan., traten wieder zwei Deutsche, ein Bildhauer und ein Maler, zum Katholicismus über. Am traurigsten ist, daß so häufig weltliche Rücksichten dabei zum Grunde liegen. — Wie nothwendig es ist, daß der Protestantismus vorsichtig sei in der Wahl Derer, welche er als seine Repräsentanten nach Italien schickt, davon gibt eine neuliche Predigt des Pater Ventura einen Beweis, welcher eine Unterhaltung schilderte, die er mit einem Zöglinge der ersten Universität Deutschlands gehabt haben wollte, den er als einen jungen Menschen ohne Kopf und Gelehrsamkeit schilderte. Solche Vorgänge können in den Augen des katholischen Volks den Protestantismus nur immer mehr herabsetzen. Besonders sollte man in Preußen in der Wahl der sogenannten Domcandidaten behutsam sein, welche bekanntlich häufig ihr Reisestipendium auf Italien verwenden, da dieselben hier als eine Art von Abgesandten der protestantischen Kirche angesehen werden. — Die römische Regierung hat, sagt man, für den bevorstehenden Carneval alles und jedes Tragen von Masken streng untersagt, da sie noch immer Unordnungen fürchtet. Es würde dies der Heiterkeit einigermaßen Abbruch thun. Auf der Straße kommen freilich Gesichtsmasken auch sonst nicht mehr vor, desto mehr auf den Ballen, und man muß erwarten, wie weit sich das Verbot erstreckt. — Auf das Frostwetter ist endlich Regen mit heftigem Gewitter gefolgt, zum Troste der armen Landleute, welche kaum noch Futter für ihr Vieh fanden.

Griechenland.

+ Athen, 10. Jan. Der Ausschuss der mit Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs (Nr. 26) beauftragten Commission hatte am 4. Jan. seine Vorarbeiten beendet, worauf die betreffenden Debatten von der Gesamtheit der Commission vorgenommen wurden; man hofft, daß letztere noch heute beendet sein dürften und alsdann die Verhandlungen über den Verfassungsentwurf in der Nationalversammlung unmittelbar erfolgen werden. Im Innern der Commission haben über zwei Punkte bis jetzt schon lebhafteste Erörterungen stattgefunden, nämlich erstens über die Eigenschaften, welche zur Erlangung des hellenischen Staatsbürgerrechts befähigen, und wobei mehre in der Commission sitzende Gegner des neuern Hellenismus die künftige staatsbürgerliche Stellung eines großen und gebildeten Theiles ihrer eignen Landsleute mit mehr Leidenschaft angegriffen haben, als je der Prophet Elias gegen die Baaltpriester verfuhr (wie die Zeitschrift *Atkina* hierüber sich ausdrückt). Der zweite beanstandete Punkt betrifft die Anzahl der Volksrepräsentanten, welche von den Bevölkerungen der drei Inseln Hydra, Spezzia und Ipsara in die künftige Repräsentantenkammer zu schicken sind. Es ist geschichtlich anerkannt, daß jene Inseln zu den frühern Nationalversammlungen Hydra 3, Spezzia und Ipsara je 2 Abgeordnete sendeten, im griechischen Freiheitskampfe mit viel mehr Auszeichnung gekämpft, sowie auch zu dessen Kriegführung mit viel mehr finanziellen Aufopferungen beigetragen haben, als dies in beiden Rücksichten beim Festland und dem Peloponnes der Fall war und durch den jetzt so herabgesunkenen Stand der hydriotischen Handelsmarine bestätigt wird. Ginge der Antrag mehrerer Commissionsmitglieder durch, nämlich daß jene Insulaner in Rücksicht ihrer Volkszahl den übrigen Bewohnern Griechenlands gleich behandelt würden, so würde eine solche Maßregel die unbestreitbaren Vorrechte jener Insulaner auf das empfindlichste berühren und somit auf die Handelsmarine nicht ohne nachtheiligen Einfluß sein. — Durch Vermittelung des Gesamtministeriums erschien der Minister der geistlichen Angelegenheiten und des öffentlichen Unterrichts M. Schinas, von drei Prälaten (Bischöfe von Knouria, Achaja, Marnanien und Aetolien) begleitet, am Schlusse der vorigen Woche vor der zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs niedergesetzten Commission in der Absicht, einige die griechisch-katholische Kirche betreffende und in die Artikel der künftigen Constitution Griechenlands mit aufzunehmende Zusätze und Erörterungen dem Gutachten der Commission zu unterstellen. Nachdem es besagten Prälaten gestattet worden, vor der Commission ihre Bemerkungen anzubringen, begannen sie damit, zu erklären, daß zur Sicherung der kirchlichen Rechte dem §. 2 des Verfassungsentwurfs (Nr. 26) der Zusatz: nach den Canons und Ueberlieferungen, einzuverleiben sei. Als hierauf von einigen Commissionsmitgliedern in Erwiderung jenes Antrags die Unzulässigkeit eines solchen Zusatzes auseinandergesetzt wurde und sich hierüber Debatten entspannen, an welchen mit Nachdruck logischer Führung Theil zu nehmen die geistliche Rhetorik jener Prälaten sich nicht gewachsen fühlte, so stellten endlich letztere in ihren Rückäußerungen solche Blößen zur Schau, daß sie ihre selbstfüchtigen Absichten, einen Staat im Staate zu gründen, zu verbergen nicht länger im Stande waren und mit ihrem ministeriellen Patrone die Commissionsitzung unverrichteter Sache und beschämt verließen. Durch königl. Ordonnanz wurde A. Manalis zum hellenischen Generalconsul (ad honores) in Serbien ernannt. Er war im Jahr 1821 eins der thätigsten Mitglieder der Hetairie, und da es das erste Mal ist, daß von Griechenland ein Consularbeamter nach Serbien geschickt wird, so dürften von solch einem mit hinlänglichen Sach- und Localkenntnissen

begabten Manne manche Vortheile für den hiesigen Staat erwachsen. — Fürst Karadja, welcher 1816 als Hospodar die Walachei plötzlich verlieh und seit mehreren Jahren sich hier aufhielt, ist hochbejahrt gestern mit Tod abgegangen. Sein einziger Sohn ist der hierorts lebende Fürst Staatsrath Konstantin Karadja. — Von Seiten der türkischen Regierung ist ein vormaliger (griechischer) Beamter des Oberrechnungshofs, Skannabis, zum türkischen Consul im Piräus ernannt worden. — Mehrere hiesige Blätter haben eines Vorfalls erwähnt, als sei in einem Kaffeehause zu Nauplia vor ungefähr drei Wochen ein Scandal vorgefallen, und zwar auf Anklagen mehrerer Ultrademokraten die Portraits von Maurocordatos und Kolettis verbrannt worden. Der dortige Obercommandant, Oberst v. Rheineck, berichtet in Bezug auf jenen angeblichen Excess officiell unterm 29. Dec. an das Kriegsministerium, daß durchaus nichts dergleichen vorgefallen, sondern Garnison und Bürgerschaft fortwährend das loyalste Betragen beobachtet hätten.

Moldau und Walachei.

† Bukarescht, 8. Jan. Unser russischer Generalconsul verläßt uns während dieses Carnevals und geht nach Jassy, wo außer dem preussischen Generalconsul nur Consuln untergeordneten Ranges residiren; man ist daher sehr begierig auf die Entwicklung der Veranlassung. Manche vermuthen, daß die Russen nächstens in die Donaufürstenthümer einzürücken werden, weil die griechische Angelegenheit Veranlassung zum Einschreiten gebe. Andere glauben, daß die Ernennung des neuen Metropolitens in der Moldau die Anwesenheit des russischen Generalconsuls nothwendig mache; noch Andere meinen, daß die Opposition der Bojaren gegen den Fürsten so groß sei, daß derselbe eine kräftige Unterstützung von Seiten der Schutzmacht bedürfe. Allerdings ist diese Opposition sehr bedeutend, allein meist von solchen Bojaren, die gern selbst Fürsten werden möchten. Auch in der Walachei ist die Opposition sehr thätig, allein der Fürst Bibesco hat ein so gutes Gewissen, daß er keine Opposition zu fürchten hat.

Brasilien.

* Hamburg, 23. Jan. In diesen Blättern (Nr. 16) ist ein Artikel unter „Brasilien“ (nach dem Standard) enthalten, worin die dortige Regierung der Umgehung der Verträge beschuldigt und ihr auch ferner noch zur Last gelegt wird, den Zoll auf den neuen Werthanschlag verschiedener Waaren rückwirkend früher erhoben zu haben, als das Gesetz bestimmte. Was die sogenannte Umgehung der Verträge durch die Erhöhung des Werthanschlags einiger Artikel betrifft, so beweist diese Behauptung keine genaue Kenntniß des englischen Vertrags selbst. Laut dem 15. Artikel ist es der brasilianischen Regierung anheimgestellt, wann und so oft sie es für nöthig hält, den Werthanschlag der fremden Fabricate nach den laufenden Marktpreisen zu erhöhen oder herabzusetzen, unter der Bedingung jedoch, daß der britische Consul jedes Mal Gegenvorstellungen erheben kann, wenn dieser Anschlag zu hoch genommen ist. Nun ist es aber bekannt, daß alle Waaren häufigen Preisveränderungen unterworfen sind, und daß dieser Umstand besonders in einem Lande sich geltend machen muß, wo der Cours so bedeutende Sprünge macht, als es in Brasilien der Fall ist. Daraus folgt aber, daß, wenn der Werthanschlag einer Waare z. B. auf 2000 Reis angenommen wird, während der Cours auf 30 Pce. St. für 1000 Reis sich stellt, und dieser Cours später auf 25 Pce. sinkt, dieselbe Waare nun auf 2400 Reis angeschlagen werden muß, weil sonst die Zollerhebung, welche ad valorem geschieht, nicht mehr 15, sondern nur 12½ Proc. betragen würde. Da nun der englische Consul den Werthanschlag britischer Waaren beständig überwacht, und auch aus leicht ersichtlichen Gründen von den vorzunehmenden Veränderungen vorläufig unterrichtet wird, damit getroffene Verfügungen nicht wieder zurückgenommen zu werden brauchen, so ist schon die Erscheinung einer solchen Verordnung wie die letzte ein hinlänglicher Beweis, daß wenigstens von britischer Seite nichts dagegen einzuwenden war, und zwar um so weniger, als der besprochene Werthanschlag nicht von der Regierung, sondern von einer Commission von Kaufleuten entworfen wird. Daraus geht aber hervor, daß die beschuldigte Umgehung der Verträge aus der Luft gegriffen ist, und in die Klasse der Erdichtungen gehört, die jetzt in England um so häufiger zum Vorschein kommen werden, als die britische Handelsfreiheit in Brasilien ihrem Ende nahe ist. Mit der zweiten Behauptung, derjenigen nämlich, daß der Zoll auf den neuen Werthanschlag rückwirkend erhoben worden sei, hat es gleiche Bewandniß. Es ist nichts, gar nichts rückwirkend erhoben worden. Die neue Schätzung von etwa 118 Artikeln ist vom 31. Oct. an gültig, wie es die Verordnung vom 28. Oct. bestimmt; und der Fall, welchen die Engländer im Geiste der Verleumdung ausgebeutet haben, gehört gar nicht hierher, weil er auf das Ankergeld der Schiffe sich bezieht, und das darauf bezügliche Decret vom 21. Oct. datirt ist. Schließlich möchte noch zu bemerken sein, daß, unter einem andern Gesichtspunkte betrachtet, obige Beschuldigungen auch lächerlich erscheinen, weil die Zölle vom brasilianischen Verbraucher und nicht von den Fremden bezahlt werden, und daß folglich das Recht, eine Klage zu erheben, nicht uns, sondern Jenen zustehen würde.

Personalmeldungen.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 1. Kl. mit Eichenlaub: der Generalleutnant Frhr. v. Quadt, Commandant von Mainz; 2. Kl. mit Eichenlaub: der Generalmajor v. Buddenbrock, der Oberst Frhr. v. Martens; 3. Kl. der Domdechant Hoppe zu Frauburg; 4. Kl.: der Pfarrer Hofsfeld zu Rosdorf, der Hofrath und Kammergerichts-Salarien-Kassencontroleur Peick. — Russland. Stanislausorden 2. Kl.: der Major Richter, Commandeur des Cadettenhauses in Berlin.

Wissenschaft und Kunst.

* Berlin, 26. Jan. Gestern Abend hielt die Akademie der Wissenschaften ihre statutengemäße öffentliche Sitzung zu Ehren Friedrich's des Großen. Wenn diese Sitzung schon immer zu den besuchtesten gehört, so war in diesem Jahr eine größere Veranlassung, als die Akademie zugleich die Feier ihres hundertjährigen Bestehens feierte. (Ihre ersten Statuten sind vom 24. Jan. 1744.) Die Akademiker waren zu diesem Zwecke gleichfalls sehr zahlreich anwesend; so auch Hr. v. Savigny (der seit seiner Ernennung zum Justizminister, im Februar 1842, vielleicht noch keiner öffentlichen Sitzung beigewohnt), Alexander v. Humboldt, der General der Infanterie v. Mülling etc. Die Akademiker hatten sich schon früher als sonst aus ihrem Versammlungszimmer in den Sitzungssaal begeben und empfingen hier die bald eingetretenen Prinzen, den Prinzen von Preußen und Prinzen Albrecht. Zuletzt erschien der König. Sobald er sich niedergelassen und die Anwesenden (unter den Ständegästen mögen nur genannt sein: der Kriegs- und der Finanzminister, der Stadtcommandant, Generalleutnant Frhr. v. Lügow, der Oberpräsident v. Meding, der Generalintendant Graf Redern) begrüßt hatte, begann der jüngere Secretair der physikalisch-mathematischen Klasse, Prof. Dr. Ehrenberg, die Festrede, in welcher er auf die heutige Jahrhundertfeier zurückkam, nachwies, wie es Friedrich dem Großen vorbehalten war, die von Leibniz 43 Jahre früher gegebte und durch Gründung der Societät der Wissenschaften nicht ganz verwirklichte Idee in das Leben und in ein gesegnetes Leben zu rufen. Die Geschichte des Instituts glaubte der Redner um so mehr übergehen zu können, als der Historiograph Prof. Preuß sie erst vor wenigen Tagen in der Allgemeinen Preussischen Zeitung gegeben. Er deutete daher bloß an, daß bis zur Stiftung der Akademie als solcher keine öffentlichen Sitzungen stattgefunden, von da an aber zwei, als am Geburtstag des Königs und am Krönungstage, festgesetzt worden seien. Er berichtete ferner von der ersten (öffentlichen) Sitzung und gab auch die Notiz darüber, wie sie in der Haude'schen Zeitung vom 25. Jan. 1744 erschienen, wobei er bemerkte, wie, da Zeitungen als Barometer für die Volksbildung gälten, nach Lage der Acten, eine solche Zeitungsanzeige jetzt abgefaßt werden würde. Hierauf knüpfte er die Mittheilung, unter wie glänzenden Auspicien die Akademie eingeweiht worden, was Ludolf und Lieberkühn damals für wichtige Entdeckungen im Gebiete der Electricität gemacht und welche Fortschritte grade von da bis auf die neueste Zeit vor sich gegangen wären. Zum Schlusse kam er auf Zweck und Bestimmung der Akademie zurück, und daß sie glauben könne, diese erfüllt zu haben. Hierauf erstattete der Redner den Jahresbericht. Aufgenommen wurde als ordentliches Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der bisherige Correspondent Dr. Pers, geheimer Regierungsrath und Oberbibliothekar; als Ehrenmitglieder: der Prinz Karl Lucian Bonaparte und Hr. Wheaton, nordamerikanischer Gesandter am hiesigen Hofe, sowie mehre Correspondenten in beiden Klassen. Von den Mitgliedern ist im verwichenen Jahre Niemand verstorben. Hierauf verkündete er den Ausfall der beim Thronbesteigungsfeste Friedrich's des Großen im Jahr 1840 gestellten Preisaufgaben. Für die historische war nur ein Bewerber, dessen Schrift das Motto: „sum cuique“ trug, eingegangen. Sie konnte für des Preises werth nicht erachtet werden, worauf der Namenszettel, im Beisein der ganzen Versammlung, den Statuten gemäß verbrannt wurde. Auch der physikalischen Preis bestimmte Summe von 200 Dukaten einem im Fache der Astronomie verdienten Manne, dem Director Hansen in Gotha, zuerkannt. Dr. Aug. Reander las hierauf eine lange Abhandlung über Plotinus. Nach Beendigung der Sitzung unterhielt sich der König mit Encke, Ehrenberg, Friedrich v. Raumer, Reander und zuletzt auch, ganz laut, mit Alexander v. Humboldt über einen in einem der Vorträge erwähnten Kometen. Die beiden Secretaire, Professoren Ehrenberg und Encke, begleiteten den König bis zum Wagenstiege. Als aber der Monarch die beiden Herren bemerkte, ersuchte er sie auf das huldvollste, zurückzutreten.

* Wien, 23. Jan. Halm's gestern im Hofburgtheater zum ersten Male gegebenes Drama Sampiero hat nicht sonderlich angesprochen. Die zwei ersten Acte befriedigten, allein der dritte und fünfte sind gedehnt und interesselos. Der Gegenstand des Stücks, der unbedingte politische Haß, welchen der Held den Genußern gegenüber äußert und der ihn sogar zur Tödtung seiner Gemahlin veranlaßt, ist nicht ansprechend und entbehrt eines echt poetischen Kerns.

— Das Comité zur Vorbereitung des am 25. März d. J. bevorstehenden Jubiläums der prager Universität macht unterm 18. Jan. in der Prager Zeitung bekannt, daß von den zur Verherrlichung des Jubelfestes in Aussicht gestellten Projecten folgende wirklich ausgeführt werden sollen: 1) die Errichtung eines Standbildes Karl's IV. von Bronze, 2) die Abfassung der Geschichte der prager Hochschule, und 3) die Prägung einer Jubelmedaille. Der beantragte Umbau des alten Carolingebäudes ist aufgegeben worden.

Handel und Industrie.

* Frankfurt a. M., 24. Jan. In den letzten Tagen verbreitete sich in unsern commerciellen Kreisen das Gerücht, es stehe die württembergische Regierung mit einem hiesigen großen Bankhaus in Unterhandlung wegen Regocirung einer dreiprocentigen Anleihe zum Behufe von Eisenbahnbauten. Von gewöhnlich gut unterrichteter Seite wird jedoch diese Angabe für ungegründet erklärt. Von den durch die neuliche Convertirung entstandenen 3½ Proc. Obligationen der württembergischen Staatsschuld sind in diesen Tagen auf unserm Fondsmarkte mehre ansehnliche Partien zum Cours von 100 umgesetzt worden. Es stehen diese Effecten hier in besonderer Gunst, da sie gewissermaßen die Eigenschaft eines Discontopapiers besitzen, indem sie auf einen sechsmonatlichen Termin al pari gekündigt werden können. Wenn auch von dieser Befugniß nicht leicht Gebrauch gemacht werden wird, so erscheint sie doch als wesentlich günstiger Umstand, da darin eine Gewähr gegen etwanige Verluste durch Preisverringerungen liegt. — Die Obligationen der badischen 3½ Proc. Eisenbahnleihe haben hier seit etwa einer Woche einen Rückgang um etwa ¼ Proc. erlitten; es hatten darin mehrfache Verkäufe statt, welche durch die dem Vernehmen nach bevorstehende Emission einer weitem Serie dieser Anleihe veranlaßt wurden. — Die Frankfurter

Be
Er
Ja
G
au
ve
fü
gic
sic
du
Co
ti
fett
ind
Be

reis
in
gen
Dr.
dies
hüt
neu
Act
Bet
an
lich
soda
besf
fünf
nair
diese
gen
Font

20.
hatte

cent,
werder
unferm

werden.
[284—

Die

Die
wird nicht
Neigung
sind, ein

Ent

Die
aus den
lich ange
Sächsisch
Schicksal
aber entf
flärung

Versicherungsgesellschaft macht sehr gute Geschäfte; ihr Geschäftskreis dehnt sich hier sowol wie auswärts mehr und mehr aus. Ihre Actien halten sich fortwährend über ihrem Nominalwerth. Es zeichnet sich diese Gesellschaft durch besondere Billigkeit ihrer Versicherungsprämien vortheilhaft aus. Es haben sich deshalb bereits mehrere ihrer auswärtigen Concurrenten veranlaßt gesehen, ihre Prämienhöhe, namentlich für den hiesigen Platz und für das Stromgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse, herabzusetzen. Es gilt dies besonders von den englischen Assuranzgesellschaften. — Es bestätigt sich, daß die Prüfung der Wagner'schen elektromagnetischen Maschine durch die von der Bundesversammlung damit beauftragte wissenschaftliche Commission erst im bevorstehenden Frühling erfolgen wird. Ueber die Motive dieser Verzögerung circuliren verschiedene Angaben. Jetzt heißt es, dieselbe sei auf den Wunsch dieser Commission verfügt worden; hinzugefügt wird indeß, es habe zu diesem Wunsche lediglich ein Gesuch des Erfinders selbst Veranlassung gegeben.

Leipzig, 26. Jan. Am 18. Jan. fand eine außerordentliche, sehr zahlreich besuchte Generalversammlung der Sächsischen Eisencompagnie in dem untern Saale der hiesigen Buchhändlerbörse statt. Die Verhandlungen bezogen sich im Wesentlichen auf einen durch den Vorsitzenden Advocat Dr. Petschke mit den Gebrüdern v. Arnim abgeschlossenen Vertrag, wonach diese Herren die völlige Herstellung des der Compagnie zugehörigen Eisenhüttenwerks nach den von dem Oberingenieur der Compagnie Sultzberger neuerlich entworfenen Anschlägen und unter gehöriger Controle gegen ein in Actien der Compagnie zahlbares Accordquantum übernehmen und zugleich den Betrieb des Werkes und der Berggebäude auf fünf Jahre, vom 1. Jan. 1844 an gerechnet, pachten. Der gedachte Vertrag wurde der Versammlung wörtlich mitgetheilt, durch den Vorsitzenden Dr. Petschke ausführlich motivirt und sodann von den anwesenden Actionairen einstimmig angenommen. Zugleich beschloß man, daß die von den Gebrüdern v. Arnim während der nächsten fünf Jahre zu zahlenden Pachtgelder nicht zur Vertheilung unter die Actionaire gebracht, sondern verzinslich angelegt werden sollen, um durch das auf diese Weise angesammelte Capital den zur Zeit vorhandenen, für den kräftigen vollen Betrieb aller Geschäftsbranchen voraussichtlich nicht hinreichenden Fonds möglichst zu verstärken.

Eisenbahn, Magdeburg-Leipziger Bahnfrequenz. Vom 14. bis 20. Jan. (mit Einschluß von 777 Personen aus dem Verkehr auf den Anhaltspunkten) 6,696 Personen.
(Vom 1. — 20. Jan.: 24,991 Personen.)

Eisenbahn, Magdeburg-Halberstädter Bahnfrequenz. Vom 14. bis 20. Jan. 2,326 Personen.
(Vom 1. — 20. Jan.: 8,501 Personen.)

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 25. Jan. Destr. Bact. 2022; 250 Fl. L. 122 $\frac{3}{8}$, 500 Fl. L. 153 $\frac{1}{2}$; Bair. 3 $\frac{1}{2}$ pc. 102 $\frac{3}{8}$; Bad. 50 Fl. L. 59 $\frac{3}{8}$; Darmst. 50 Fl. L. 72 $\frac{3}{8}$, 25 Fl. L. 31 $\frac{1}{2}$; Nass. 25 Fl. L. 28. Wien, 23. Jan. Bact. 1632; Met. 5pc. 111 $\frac{3}{8}$; 4pc. 100 $\frac{1}{8}$; 3pc. 76 $\frac{3}{8}$; 500 Fl. L. 150 $\frac{1}{8}$; 250 Fl. L. 121 $\frac{1}{8}$.

Berliner Börse, 26. Jan. Neue 4pc. engl. 102 $\frac{1}{2}$ Br., Prämisch. 90 $\frac{3}{8}$, neue 3 $\frac{1}{2}$ pc. Stöschsch. 102 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ pc. Pfandbr. westpr. 101 $\frac{1}{2}$ Br., ostpr. 104, pomm. 101 $\frac{3}{8}$ Br., schles. 101, 4pc. pos. 106, neue 3 $\frac{1}{2}$ pc. 100 $\frac{1}{2}$ Br., kur- u. neumärk. 101 $\frac{3}{8}$; Dukat. —, Louisd. 111 $\frac{3}{8}$, Friedrichsd. 113 $\frac{3}{8}$, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn, 5pc. Berl. = Potsd. 167, Prior. Act. 104, Anhalt. 143, Prior. Act. 104, Frankf. a. d. D. 145 $\frac{1}{2}$, Prior. Act. 104 $\frac{1}{2}$, Stett. A. 122 $\frac{1}{2}$ Br., Stett. B. 122 $\frac{1}{2}$ Br., Hamb. Zussch. 109 $\frac{3}{4}$, Magdeb. = Leipz. —, Prior. Act. 104, Magdeb. = Halb. 120, Düffeld. = Elbf. 88, Prior. Act. 98 $\frac{3}{4}$, Rhein. 82 $\frac{1}{2}$, Prior. Act. 98 $\frac{3}{4}$, Osthein. 106 $\frac{7}{8}$, Oberschles. 119, Litt. B. 114 $\frac{3}{4}$, Niederschles. 109 $\frac{1}{4}$, Bresl. = Schweidn. = Freib. 118 $\frac{1}{4}$, Dresd. = Gör- lich 109, Nordbahn 139 Br., Gloggnig 121 Br., Mailand = Venedig 111. De = ferr. Met. 5pc —, 4pc. —, 3pc. —, 1pc. —, Bact. 1140 Br., 500 Fl. L. —, Rußl. 5pc. Cert —, Hope 5pc. —, 4pc. 95 $\frac{3}{8}$, Drig. Stiegl. 95 $\frac{1}{4}$, 5pc. engl. 117 $\frac{1}{2}$ Br., Polen, 5pc. Schagobl. 93 $\frac{3}{4}$, 4pc. Pfandbr. 96, neue 95 $\frac{1}{2}$, Bkcert. —, 300 Fl. L. 96 $\frac{1}{2}$, 500 Fl. 99 $\frac{3}{4}$, Bkcert. à 300 Fl. 102 $\frac{3}{4}$ Br., à 200 Fl. 32 $\frac{3}{8}$ Br.; Hamb. Feuerf. = St. = Act. 98; Holl., 2 $\frac{1}{2}$ pc. Int. 54; Neap., 5pc. Calc. —, engl. Rothsch. 101 $\frac{3}{8}$; Darmst., 25 Fl. L. —; Nass.

Neueste Nachrichten.

Paris, 23. Jan. Nach einer sehr lebhaften Erörterung, worin auch Hr. Dupin gegen die Minister auftrat, und Hr. Guizot vor der Abstimmung feierlich erklärte, es handele sich um das Fortbestehen des Ministeriums und die Erhaltung des Friedens, ist Hr. Villaut's Antrag auf eine Abänderung des Ausdrucks „inniges Einverständnis“ zwischen England und Frankreich in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer verworfen worden. In der heutigen Sitzung kommt der Satz über das Durchsuchungsrecht zur Verhandlung.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung,

betreffend die Dividenden-Vertheilung an die Actionaire der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Die geehrten Herren Actionaire unserer Gesellschaft setzen wir ergebenst davon in Kenntniß, daß wir für das Jahr 1843 eine Dividende von sechs Procent festgesetzt haben, sodas außer den bereits im Juli v. J. abschläglic bezahlten zwei Procent, gegenwärtig noch vier Procent oder acht Thaler auf jede Actie von Zweihundert Thalern gezahlt werden sollen.

Indem wir den speciellen Nachweis über die Verwendung der Betriebseinnahme des Jahres 1843 unserm diesjährigen Geschäftsberichte vorbehalten, fordern wir jeden Couponbesitzer auf:

in der Zeit vom 29. Januar bis 18. Febr. d. J., Vormittags von 9—12 Uhr, mit Ausschluß der Sonntage, eine Specification seiner Coupons von Stamm-Actien, nach den laufenden Nummern geordnet, mit seiner Namensunterschrift versehen, in unserer Hauptkasse im Empfangsgebäude auf dem Anhaltischen Thorplatze einzureichen und gegen Abgabe der Coupons die Zahlung dafür in Empfang zu nehmen.

Wer sich in der angegebenen Zeit nicht meldet, dem kann die Zahlung erst im Julius d. J. geleistet werden. Berlin, am 25. Jan. 1844.
[284—86]

Der Verwaltungsrath.

Durch alle Buchhandlungen ist von F. W. Brockhaus in Leipzig zu beziehen:

Franz Passow's Vermischte Schriften.

Herausgegeben von W. A. Passow.

Mit zwei lithographirten Tafeln.
Gr. 8. Geh. 2 Thlr.

Diese Sammlung der kleinen deutschen Schriften eines der ausgezeichnetsten deutschen Philologen wird nicht nur den persönlichen Freunden Passow's, sondern auch allen Denen, welche aus Beruf oder Neigung der Gestalt der Alterthumswissenschaft in diesem Jahrhundert mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, eine willkommene Gabe sein.

Entgegnung auf die „Erklärung“ Ruge betreffend, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 23. Januar d. J.

Die weder ungenauen (denn sie enthalten Ruge's eigne Worte) noch aus dem Zusammenhange gerissenen (denn ihr Zusammenhang ist ausdrücklich angegeben) wenigen Aeußerungen Ruge's, welche von den „Rosen“ und den Sächsischen Vaterlandsblättern mitgetheilt worden, haben ein eigenthümliches Schicksal gehabt. Anfänglich wurden sie hier nicht geläugnet, man glaubte sie aber entschuldigen zu müssen. Einer von den Herren, welche jene Erklärung unterzeichnet haben, äußerte damals: Ruge habe an jenem

Abende „sehr unglücklich geschwätzt“, ein anderer: man müsse Worte, „die Ruge unter Freunden beim Decker habe fallen lassen“, nicht so ernsthaft auffassen (beide Herren können genannt werden). — Möglich Decorationenwechsel: „Es hat gar kein Abschiedessen stattgefunden.“ — „Algemeines Erstaunen! Endlich dritter und letzter Aufzug: „Es hat ein Abendessen stattgefunden und Ruge hat gesprochen, aber nicht das, was veröffentlicht wurde, und auch nicht so, wie man behauptet hat.“

Partial-Obligationen à 50 Fl. Rhein.

des Großherzoglich Badischen Prämien-Anlehens von 1840, 6te Serienziehung am 1. Febr. d. J., verbunden mit Prämien von Fl. 35,000, 10,000, 5000, 3000, 1500 u. s. w. bis 65 Fl. herab, sind gegen franco Einsendung von 36 Thlr. preuß. Cour. pr. Stück zu beziehen von

Simon Meyer in Dresden,
[287-88] Comptoir: innere Pirnaische Gasse Nr. 2.

Herzogl. Nassauische 25 Fl. Prämien-scheine,

Gewinnziehung am 1. Februar d. J., verbunden mit Prämien von Fl. 15,000, 3000, 2000, 1000 u. s. w., sind gegen franco Einsendung von 17 $\frac{1}{2}$ Thlr. preuß. Cour. pr. Stück zu beziehen von

Simon Meyer in Dresden,
[289-90] Comptoir: innere Pirnaische Gasse Nr. 2.

Concert - Anzeige.

Die Schwestern Teresa und Maria Milanollo werden in den nächsten Tagen in Leipzig eintreffen und im Anfange des Februar ein Concert veranstalten. Es ist nur die Schuld des fast erzwungenen längeren Aufenthalts in Venedig, der die jungen Künstlerinnen verhinderte, zu der in diesen Blättern früher angekündigten Zeit hier einzutreffen. Dort in Venedig sowol als gegenwärtig in Prag erregen sie einen weit grösseren Enthusiasmus als irgend ein anderer Künstler.

Die Schwestern Milanollo, lithographirt von Kriehuber, auf Einem Blatte, Folio, Preis 20 Ngr. (16 gGr.)

[280] Friedrich Hofmeister.

Es bleibt jetzt nur noch eine Stellung übrig, nämlich die: „Ja, Ruge hat die in den öffentlichen Blättern mitgetheilten Aeußerungen gethan, und er hat Recht!“ Dies wäre, nach meiner Ansicht, die einzig richtige Vertheidigungsart gewesen.

Aber zur Sache! Die Erklärung ist von ungefähr der Hälfte der an jenem Abend Anwesenden unterzeichnet. „Ruge“, sagt sie, „war nicht vorbereitet öffentlich zu sprechen, und es ist undeutsch, einzelne Aeußerungen jener in geschlossener Gesellschaft extemporirten Rede zu veröffentlichen.“ Ich erlaube mir dagegen die Bemerkung, daß in diesen Worten ein Widerspruch liegt, der sich selbst widerlegt.

„Von Schmähungen und Herabwürdigungen Deutschlands kann nicht die Rede sein“, sagt sie, „denn Ruge hatte seine Erwiderungsrede etwa gegen neun Uhr gehalten.“ Ich nehme mir die Freiheit, hier auf einen Gedächtnisfehler aufmerksam zu machen. Das Essen hat erst nach neun Uhr begonnen. Es dauerte eine geraume Zeit, bis irgend ein Trinkspruch ausgebracht wurde, dann wurde eine lange Rede abgelesen, dann folgten zwei längere Toaste, dann eine ziemliche Pause. Ruge kann erst gegen elf Uhr gesprochen haben.

„Von Herabwürdigungen Deutschlands kann nicht die Rede sein, denn die Gesellschaft“, fährt die Erklärung fort, „blieb ziemlich bis ein Uhr zusammen.“ Ich glaube dagegen bemerken zu müssen, daß dies ein Enthymem oder eine rhetorische Schlussart ist, deren ich mich zu bedienen selbst im äußersten Nothfalle nicht gerathen fände.

„Die Gesellschaft blieb beisammen, ohne daß die Stimmung durch jene Rede gestört worden wäre.“ Das ist zu viel, also nichts gesagt. Jene dreißig Unterzeichner der Erklärung waren bloß im Stande, zu bezeugen, daß ihre Stimmung durch jene Rede nicht gestört worden sei. Ich sehe keine Nothwendigkeit, warum daran gezweifelt werden sollte. Einer der Herren, welche unterzeichnet haben, schien dadurch sogar in eine recht heitere Stimmung gerathen zu sein.

„Die Stimmung ist nicht gestört worden, wenn sich aber Jemand dennoch verlegt oder beleidigt fühlte“ u. s. w. Ich kann nicht umhin, in diesen Worten einen neuen Widerspruch aufzudecken, welcher mich der Aufgabe der Widerlegung überhebt.

Die Erklärung nennt die Zeitungsartikel übertreibend. Es ist wahr, die Erklärung ist weit davon entfernt, zu übertreiben, aber sie bemängelt und schneidet weg, sie flugt auf und verschönert. Sie nennt die Zeitungsartikel ungenau und das Sachverhältniß entstellend, und glaubt diese Behauptung damit zu beweisen, daß sie eine andere Schilderung entgegengesetzt. Ich kann nichts zugeben, als daß jene Zeitungsartikel nicht vollständig sind. Aber ist die Erklärung vollständig? keineswegs. Ist sie treu? wir wollen sehen! Sie sagt: „Ruge begann damit: es scheint, daß die Sprecher vor ihm seine Absicht, nach Paris überzufriedeln, mißbilligten; er sei ihnen daher eine Erklärung darüber schuldig, was ihn dazu bewege.“ Das ist das einzige Richtige an der Darstellung, alles Uebrige entstellt und verwischt Ruge's Aeußerungen durch Abänderungen und Zusätze, durch Weglassungen und ein Durcheinanderschütteln, welches kaum gründlicher geschehen konnte. Ruge „negirte den französischen Communismus“, wie sich die Erklärung ausdrückt, nicht am Schlusse, sondern gleich im Eingang, indem er auseinanderlegte, was ihn nicht bewege, nach Frankreich zu gehen. Das brauche er wol nicht zu erwähnen, äußerte er, daß er nicht deshalb nach Paris gehe, um mit den pariser Communisten gemeinschaftliche Sache zu machen und um den Reichen für die Armen das Geld aus der Tasche zu nehmen. Solche Notheiten, die man ihm angedichtet, werde man ihm hier nicht zutrauen. Nun erst kam Ruge auf seine persönlichen Erfahrungen und die deutschen Verhältnisse zu sprechen. Er häufte aber auf Deutschland nichts als Tadel, er setzte nicht aus einander, in welcher Hinsicht die Deutschen von den Franzosen, und diese von jenen, noch lernen könnten. Die zuletzt hervorgehobenen Worte sind ein Zusatz des Verfassers der Erklärung. Ruge bemühte sich im Gegentheil lediglich zu beweisen, daß die Deutschen gegenwärtig von den Franzosen lernen müßten. Er kann demnach gar nicht von einer Vereinigung der beiderseitigen Bildung gesprochen haben, es war lediglich von einer Unterwerfung der deutschen Bildung unter die französische die Rede, und in diesem Sinne bezeichnete sich Ruge als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich. Um seine Ansicht nun weiter zu begründen, stellte er die Behauptung auf, daß Deutschland seine ganze neuere Entwicklung den Franzosen zu verdanken habe. „Unsere neuere Philosophie stammt von Voltaire, unsere neuere Poesie, Schiller und Goethe stammen von Voltaire.“ Das sind Ruge's eigne Worte. (Die „Erklärung“ sagt, Ruge habe „erwähnt, wie Schiller und Goethe eine Consequenz von Voltaire und den Encyclopädisten seien.“) Nachdem die Rede in diesem Tone eine ziemliche Weile fortgeführt, wurde der Vorzug der französischen Sprache gerühmt, und damit geschlossen, daß „nicht einmal“ die deutsche Sprache klar sei. Er wolle, sagte Ruge, nur ein einziges Beispiel erwähnen. Wenn der Franzose sage esprit, so wisse er doch bestimmt und klar, was er damit sagen wolle. Wenn dagegen der Deutsche sage Geist — Geist — Geist, so habe er keinen deutlichen Begriff und treibe sich im Blaue herum.“ Das sind Ruge's eigne Worte. In der Erklärung heißt es: „Indem Dr. Ruge hierbei die Vorzüge der Franzosen berührte, verglich er allerdings beispielsweise das deutsche Geist mit dem französischen esprit.“

Die Dreißig bezeugen, daß alles Das in einer keineswegs verlegenden oder gar die deutsche Nationalität herabwürdigenden Weise gesprochen worden sei. Hier wird wieder zu viel, also gar nichts bezeugt. Sie konnten nur bezeugen, daß für sie nichts Verlegendes und Deutschland Herabwürdigendes in Ruge's Aeußerungen gelegen. Was ist herabwürdigend? Das hängt von der Denkungsart des Auffassenden ab. Wer Ruge's Meinung über Deutschland und Frankreich theilt, kann nichts Herabwürdigendes für Deutschland in seinen Worten finden. Nach meiner Ueberzeugung hat Ruge Deutschland an jenem Abende herabgewürdigt, und mit dieser Ueberzeugung stehe ich nicht allein. Es war unzart von Ruge, bei einem Abschiedessen, wo nur freundschaftliche Gefühle hätten ausgetauscht werden sollen, Aeußerungen zu thun, von denen er wissen mußte, daß sie Manchen der Anwesenden verlegen würden; es war unpassend für einen Deutschen, auf solche Weise in Gegenwart eines Franzosen über Deutschland zu sprechen.

Die Erklärung schließt mit einer Verdächtigung Derjenigen, welche Ruge's Aeußerungen öffentlich gemißbilligt haben. Sie nennt ihre Handlungsweise un-

deutsch. Ich muß mich aufs entschiedenste gegen eine solche Sprache verwahren. Niemand ist im Stande mich zu beschuldigen, daß ich Ruge's Charakter nur im mindesten zu nahe zu treten versucht hätte. Ich achte Ruge's Wiederkeit und Offenherzigkeit, ich beklage, daß eine polizeiliche Maßregel ihm die Feder aus der Hand genommen; aber stets, gegen Ruge selbst, gegen Jedermann habe ich es ausgesprochen, daß ich seine Lehre und Wirksamkeit nicht billige, ich füge hier hinzu: ich halte sie der Entwicklung politischer und religiöser Freiheit für verderblich. Für Leute wie Ruge und Genossen ist die tägliche Erfahrung nicht vorhanden. Was würde es nützen, wenn ich sie an die Geschichte von Strauß und dem Canton Zürich erinnerte? Und muß man denn ein persönlicher Feind sein, wenn man ein politischer Gegner ist? Ich habe nicht im entferntesten daran gedacht, auf dem Gebiete der Persönlichkeiten gegen Ruge aufzutreten. Dagegen wird es allerdings eine meiner ersten Aufgaben sein, sobald ich einen Angriff des Herrn Köstlin gegen mich beantwortet haben werde, meine Meinung über Ruge's literarische Thätigkeit weiter zu begründen.

„Aber“, sagt man (Julius in der Mannheimer Abendzeitung), „Ruge ist wehrlos, er wird angefallen, er kann sich nicht vertheidigen.“ Das ist also Euer Begriff von Gedankenfreiheit? „Wer eine andere Meinung hat und sie äußert, der ist ein Meuchelmörder, der Euch anfällt?“ „Ruge ist wehrlos“, sagt Ihr. Ich muß gestehen, ich meinstheils habe von Ruge eine bessere Meinung. Er kann sich nicht vertheidigen! Wo ist denn Ruge? ist er todt? ist er in Botanybay? in den sibirischen Bergwerken? in Sebastopol? Nein, er ist in Paris, in Paris, wo in den Kabinetten mehr deutsche Zeitungen gehalten werden als vielleicht in Dresden und Leipzig. Er liebt also, was wir schreiben, und wer verbietet ihm denn zu antworten? Stehen ihm nicht französische Zeitungen zu Gebote, die mehr verbreitet sind als unsere? Aber vielleicht keine deutschen? Nun, sollte es Ruge schwer werden, eine Erwiderung gegen irgend eine Aeußerung, die ihn betrifft, und die durch mich veranlaßt wäre, in deutschen Zeitungen zu veröffentlichen, er sende sie mir zu, und sollte sie gegen mich selbst gerichtet sein, ich erbiere mich feierlichst, so weit es in meinen Kräften steht, zu ihrer Verbreitung beizutragen.

Die dreißig Unterzeichner scheinen noch darauf großes Gewicht zu legen, daß von Denjenigen, die Ruge's Aeußerungen mißbilligten, nicht sofort an jenem Abende Entgegnungen erfolgt seien. Indessen bedarf das doch einer kleinen Berichtigung, denn wenn auch nicht in Reden geantwortet wurde, so ist Ruge's an jenem Abende gesprächsweise allerdings Mißbilligung über seine Rede ausgesprochen worden. Ich selbst wurde von Mehren aufgefordert, das Wort zu ergreifen; ich konnte mich nicht entschließen, etwas, was ich als störend betrachtete, fortzusetzen, und verließ bei Zeiten das Zimmer, wo das Essen stattfand. Ueberdies hatte ich kurze Zeit vorher in demselben Museum, in Gegenwart mehrerer Mitglieder des Museums, einen ziemlich lebhaften Streit mit Ruge gehabt, worin er sich auf dieselbe herabwürdigende Weise über Deutschland aussprach, und wobei ich die gegentheilige Meinung durchzuführen suchte.

Schließlich wird es nicht unpassend sein, eine Aeußerung des Franzosen Taillandier hier mitzutheilen, welche in der Revue des deux mondes vom October 1843 zu lesen ist:

„Les gouvernements (allemands) qui avaient vu avec plaisir s'enraciner dans l'esprit du peuple cette haine du nom français furent attaqués à leur tour, et comme il arrive nécessairement, dèsqu'il a fallu réclamer quelques libertés, on s'est souvenu que ce peuple de France n'était pas tout-à-fait inutile au monde et qu'il représentait une certaine somme de vérités et de croyances qu'on pourrait invoquer. Nihil sine Gallis! c'était l'opinion de l'Europe au moyen-âge, et on dit que Mr. Ruge va reprendre cette vieille et sainte devise. Nous ne nous sommes ni effrayés ni alligés des injures de la presse allemande, nous ne devons pas non plus nous enorgueillir de ses hommages.“

Das ist es, was ich die Ehre habe, den dreißig Unterzeichnern auf ihre Erklärung zu entgegenen.

Dresden, am 23. Jan. 1844.

Dr. Karl Krause.

Da ich die bestimmte, unerschütterliche Ueberzeugung von der strengen Wahrheitsliebe des Herrn Dr. Karl Krause habe, und da Jedermann begreifen wird, welche Schlüsse ich daraus ziehen darf, so ist von meiner Seite dem Vorstehenden nur wenig beizufügen.

Die dreißig Unterzeichner Weisen Dresdens bestehen, wie sich nun ergibt, theils aus leidenschaftlichen Augustinern, das heißt aus Leuten, welche gern in den Geruch der Philosophie kommen möchten, theils aus tief betrübten, gewaltsam Geprüften, welche sich für compromittirt halten, weil sie vergessen haben, Ruge's Rede gebührend zu beantworten. Alle aber sind, wie man mir sagt, gewöhnliche gute Menschen, die sich plötzlich in einem außerordentlichen Falle befinden, worin sich ihr Wischen Lebensflugheit gänzlich überstürzt hat. Während sie mir den Vorwurf machen, ich sei mit meiner Veröffentlichung über die Rede Ruge's mehre Wochen zu spät gekommen, fällt ihnen nicht ein, daß ich jene Vorgänge nicht gleich erfahren haben könnte, und zu gleicher Zeit verfallen sie selbst in den mir vorgeworfenen Fehler, indem sie mit ihrer kostbaren „Erklärung“ volle vier Wochen nachhinken. Wahrscheinlich liegt ihre Entschuldigung in dem Umstande, daß jenes unbezahlbare Document erst gehörig gezerrt, gestreckt und passend hergerichtet werden mußte. Genannt habe ich mich nicht, weil ich nicht gern mit meiner Unterschrift renommiren mag, weil es mir genug schien, wenn meine Buchstaben unter dem Artikel standen und wenn die Redactionen der „Rosen“ und der Sächsischen Vaterlandsblätter ermächtigt waren, nöthigenfalls auch meinen Namen zu nennen. Ruge's persönlicher Feind zu sein hatte ich noch niemals den geringsten Grund, und gegen seinen Charakter als Mensch habe ich noch niemals ein Wort gesprochen.

Wenn die dreißig Unterzeichner heißen blättern kleinen Jupiter glauben, ihr Benehmen in dieser Angelegenheit verdiene den Namen eines echt deutschen, so kann ich mir schon gefallen lassen, das meinige von ihnen mit ellenlangen Lettern ein „undeutsches“ genannt zu sehen.

Leipzig, am 25. Jan. 1844.

Der Verfasser des Artikels in Nr. 248 der „Rosen“ und der Sächsischen Vaterlandsblätter Nr. 206 vom vorigen Jahre.

* U hat, u funken ner dar zu wel lichen gemein deutsche für jed „D w befohlen wir nicht und mit ihm Dinge Kaufe uns nicht den Rede der So großer was sich Zweck u Weg zu langten, als wenn Seite so auffichtig erträglich Schule thode bef diesen an angenehn wird das genomme meinen n auch zu l